

- 1 Krieg gegen Iran: Spiel mit dem Feuer
- 4 Atomwaffenverbotsvertrag: Beitritt aus Eigeninteresse
- 8 Kinderentführung: Vor den Augen der Welt
- 12 Trumps «Friedensrat»: Zum Scheitern verurteilt

- 14 Die Schweizer Sicherheitsstrategie 2026
- 18 Die Folgen der sicherheitspolitischen Zeitenwende
- 22 Michail Schischkin zu Véronique Lautard
- 28 Literatur: Verletzte Seelen – verwundete Nationen

*Eskalation zwischen den USA und Iran – brandgefährlich für die Region*

## Spiel mit dem Feuer

Wenige Stunden vor Abgabeschluss dieser Ausgabe begannen die USA und Israel mit ihrem Angriff auf den Iran. Der erste Abschnitt dieses Beitrages ist also Vergangenheit (und auch die Karikatur). Die restlichen Ausführungen sind allerdings nicht spekulativ. Die Untertitel stammen von der Redaktion.

/Marcus Schneider/

Der Nahe Osten steht am Beginn eines neuen Krieges – womöglich der folgenschwersten militärischen Auseinandersetzung im Nachgang des 7. Oktober 2023. Wie zwei Schnellzüge rasen die Vereinigten Staaten und der Iran aufeinander zu. Wann es kracht, entscheidet sich in Stunden, Tagen, maximal Wochen. Die Sterne stehen schlecht, dass sich der grosse Knall noch aufhalten liesse.

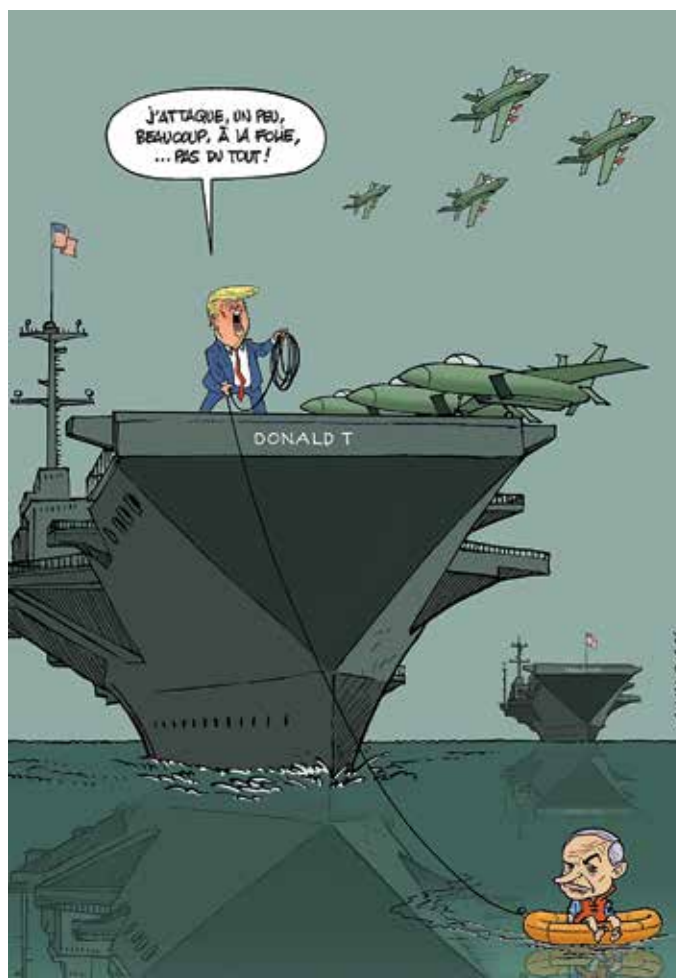
Dabei besteht keinerlei Notwendigkeit für diesen Krieg. Aus Sicht der Amerikaner handelt es sich nahezu um einen *war of choice*. Iran wird nicht angegriffen, weil das Land so gefährlich wäre. Im Gegenteil: Nie war die Islamische Republik schwächer als heute. Es geht darum, das

waidwunde Tier, seit Jahrzehnten Erzfeind Washingtons und Tel Avivs, einen der kecksten Herausforderer der amerikanischen Weltordnung, zur Strecke zu bringen. Der Krieg ist eine Hochrisikowette auf eine geopolitische Wende im Herzen Eurasiens. Der Zusammenbruch der Islamischen Republik wäre für den Nahen Osten die grösste geopolitische Zäsur seit dem Ende der Sowjetunion.

### Nicht einmal der Ansatz einer legalistischen Volte

Kaum noch eine Rolle spielt die Legalität. Völkerrecht isch over. Während die Israelis ihrem Angriff im Juni immerhin noch das Gepräge eines halblegalen Präventivschlags gaben, bemüht sich Washington nicht einmal im Ansatz um irgendeine legalistische Volte. Es ist ein Vorgeschmack auf die schöne neue Wolfswelt. Die Starken tun, was sie können, und die Schwachen erleiden, was sie müssen. Das Signal an die Staatengemeinschaft lautet: Legt euch nicht mit Grossmächten an. Und wenn ihr es tut, so sorgt rechtzeitig für eure nukleare Überlebensversicherung. Eine 30-jährige atomare Hängepartie wie Teheran wird sich künftig kaum jemand leisten wollen.

Doch auch die USA sind Getriebene ihrer selbst. Die aufgebaute Drohkulisse – der grösste Truppenaufmarsch der Weltmacht seit dem Irakkrieg 2003 – ist so gigantisch, dass selbst der maximal erratische Trump nun kaum noch zurückkann. In den weiterlaufenden Verhandlungen fordert Washington de facto die sicherheitspolitische Kapitulation des Iran. Politikfähig ist das Regime, bereit zur Selbst-



Fortsetzung Seite 2

aufgabe jedoch nicht. In der in Teheran vorherrschenden Denke führen Zugeständnisse zu immer weitergehenden Forderungen. Was Amerika anbietet, ist der Tod durch 1000 Nadelstiche. Dann doch lieber der grosse Knall.

### Choreografierte Showeinlagen

Entgegen dem Klischee von den irren Mullahs handelte der Iran in den letzten zweieinhalb Jahren nämlich durchaus kalkulierte. Zu kalkuliert womöglich. Gegenüber Israel war Teheran sorgsam um Deeskalation bemüht. Das Feuer sollte geschürt werden, die Israelis beschäftigt, aber bitte ohne unkontrollierbaren Grossbrand. Vergeltungsschläge waren sorgsam choreografierte Showeinlagen, vorher dem Feind telegraphiert, damit möglichst wenige zu Schaden kommen. Gesichtswahrung bei gleichzeitiger Selbstdemontage der eigenen Abschreckungsdoktrin. Optimisten nannten das «strategische Geduld», beim Gegner kam eher Furcht und Unfähigkeit an.

## FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Marcus Schneider, Sofi Oksanen, Florian Ebenkamp, Herbert Wulf, Michail Schischin, Liliane Studer, Halyna Petrosaniak, Ruedi Epple.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Seite 2: Kichka; Seite 3: Mario Lars; Seite 6: Bundesamt für Zivildienst; Seite 7: Kichka; Seite 10: Teemu Rajala; Seite 13: Kichka; Seite 19: White House Photographic Office; Seite 21: ygreck; Seite 23 und 25: Bessmertny barak.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., März 2026

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 60.–. ISSN 1664-4492.

Zumindest die Signale sind diesmal andere. Das Regime wähnt sich im Endkampf um die eigene Existenz. Die Sicherheitskräfte sind im Alarmzustand, konkrete Szenarien bis hin zu Nachfolgeregelungen werden durchgespielt. Khamenei selbst bereitet sich auf den Märtyrertod vor. Anders als die entideologisierten arabischen Operettenkleptokratien bleibt die Islamische Republik auch im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz eine im Kern hochideologische Unternehmung.

### Kein Zurück zum Status quo ante

Statt Choreografie soll diesmal auf maximale Eskalation gesetzt werden. Dass es sich nicht nur um blumige persische Rhetorik, sondern um den Ernstfall handelt, davon zeugen womöglich auch die gezielten Tötungen der Protestierenden. Gefangene wurden diesmal nicht gemacht. Weit über 30'000 Tote, so jedenfalls lauten die maximalen Schätzungen mancher Menschenrechtsaktivisten. Eine solche Zahl lässt sich nur erklären, wenn Massenmord und nicht allein Einschüchterung das Ziel war. Der Gesellschaftsvertrag ist damit endgültig zerbrochen. Ein Zurück zum Status quo ante ist verbaut.

Für das Regime ist all dies ein Spiel mit dem Feuer – wenn auch aus der Eigenperspektive zunehmend alternativlos. Militärisch ist die Angelegenheit fast schon grotesk unausgewogen. Sollte es schlecht laufen, dürften Teheran nach der Eröffnungssalve der amerikanischen Seite kaum mehr als ein, zwei Wellen der Vergeltung bleiben. Allerdings laufen Kriege in aller Regel nicht wie angenommen. Und wie gerade Washington wissen sollte, werden sie eben nicht allein militärisch entschieden, sondern politisch, gesellschaftlich und psychologisch.

### Amerikas Schmerztoleranz ist kleiner

Die Achillesferse der Weltmacht besteht darin, dass sie über eine Armee verfügt, die fast alles kann – ausser Verluste zu ertragen. Darin liegt Teherans Chance: Amerikas Schmerztoleranz ist viel geringer. Jeder tote Amerikaner geht auf das Konto des Erratikers-in-chief, der sich noch nicht einmal bequem, seinem eigenen Volk die vermeintliche Notwendigkeit näherzubringen. Wofür sterben hier eigentlich Amerikaner? Umfragen zufolge sind rund 70 Prozent der US-Wähler gegen den Krieg. Selbst Experten sind sich unsicher, warum es

Washington tatsächlich geht: Um das angeblich bereits zerstörte Atomprogramm, die ballistischen Raketen oder doch *Regime Change*?

Als Erinnerung: Trump war eigentlich angetreten als Kritiker des Irakkrieges, die Forever Wars und die Regime-Change-Fantastereien wollte er beenden. Viel war die Rede von der Hinwendung nach Asien, der Fokussierung auf die westliche Hemisphäre. In der erst kürzlich erschienenen Nationalen Sicherheitsstrategie wird dem Non-Interventionismus das Wort geredet. Das Leitprinzip scheint vielmehr Prinzipienlosigkeit zu sein – ein ideologisches Irrlichtern, bei dem alles möglich ist, solange es politisch opportun erscheint. Die amerikanische Hochrisikowette findet in der Region jedoch kaum Mitspieler. Die geopolitische Gemengelage hat sich um fast 180 Grad gedreht. Der saudische Kronprinz läuft Sturm gegen die kaum noch abwendbare Konfrontation. Die Region sieht sich als Hauptleidtragende, in fast jedem Szenario bezahlt sie den höchsten Preis.

### Neue Konfrontation nicht mehr primär zwischen Saudi-Arabien und Iran

Da ist zum einen die Eskalationsproblematik. Die vier H: Hormus, Huthis (Ansar Allah, schiitisch-zaiditische Rebellenbewegung im Jemen), Hisbollah (Partei Gottes, schiitische Miliz im Libanon), Hashd al-Shaabi (Volksmobilisierungskräfte, schiitische Miliz im Irak). Wie weit liesse sich das iranische Milizen-Imperium noch mobilisieren? Zumal wenn das Mutterschiff in existenzielle Nöte geriete. Würde Iran gar die Samson-Option, eine Verminung der Strasse von Hormus, in Betracht ziehen – dieser für den globalen Seeölhandel womöglich wichtigsten Meerenge?

Chaos und Verwüstung sind jedoch längst nicht die einzigen Bedenken der sich herausbildenden pan-muslimischen Regionalallianz unter Führung von Riad und Ankara. Die Islamische Republik erfüllt für die muslimischen Regionalmächte eine Funktion: politisch schwach, eingehegt und vermeintlich kontrollierbar. Die neue Konfrontation findet nicht mehr primär zwischen Saudi-Arabien und dem Iran statt, sondern zwischen einer Achse der Stabilisierung – Riad, Ankara, Kairo, Islamabad, Doha und Damaskus – und einer Achse der Disruption, die Tel Aviv und Abu Dhabi eint.

## Revolutionäres Umsturzregime nicht per se friedlicher

Für die muslimischen Regionalstaaten ist Israels militärische Vorherrschaft längst die grössere Sicherheitsbedrohung als der Iran. Ein pro-westlich gewendeter Iran würde weder die Türkei noch Saudi-Arabien freuen. Zugleich wäre der 90-Millionen-Koloss Iran, einmal frei von Sanktionen, selbst ein natürlicherer Hegemon als die angeknackste Islamische Republik – mit eigenen Ambitionen, die nicht zwingend kompatibel mit den Interessen der Region wären.

Revolutionäre Umsturzregime neigen seit jeher zu politischen Übersprungshandlungen. Ein Iran, der nach Jahrzehnten der islamistischen Verelendung seinen Platz an der Sonne einforderte, wäre nicht per se ein friedlicher Staat. Die Ressentiments, die Teile der Diaspora gegenüber Arabern, Türken und Kurden artikulieren, lassen wenig Anlass zur Hoffnung, dass eine Rückkehr etwa zur Pahlavi-Dynastie in der Region auf Begeisterung stossen würde.

## Jahrzehnte des Bürgerkriegs im Iran?

Dass es infolge eines Krieges zu einem reibungslosen Übergang hin zu einer pro-westlichen Monarchie oder Demokratie käme – daran glauben nur die wenigsten. Wahrscheinlicher ist ein Szenario, das sich als «Super-Syrien» beschreiben lässt. Also zumindest teilweiser und temporärer Staatszerfall und bürgerkriegsartige Zustände im multiethnischen Staat der Region. Dabei ist es äusserst unwahrscheinlich, dass den Iranern das Privileg vergönnt wäre, ihre politischen Händel selbst auszufechten. Iran ist als natürlicher Hegemon viel zu wichtig, um hier die Dinge

laufen zu lassen. Vielmehr würden sich die Regionalmächte – schon allein aus Selbsterhaltungstrieb – auf den Kadaver der Islamischen Republik stürzen. Das Ergebnis könnten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte des Bürgerkriegs, zumindest der extremen Instabilität sein. Mit massenhaft Opfern und Flüchtlingsströmen, die dann auch die Nachbarstaaten destabilisieren und Europa erreichen würden.

Ein Alptraumszenario. Das freilich nicht so kommen muss. Verantwortliche Politik sollte sich allerdings nicht von Wunschdenken leiten lassen, sondern solche Risiken miteinkalkulieren. Wenig deutet darauf hin, dass dies in Washington geschieht. Hier spielen Hasardeure mit dem Feuer. Wiederholungstäter noch dazu. Sie würden die «Drecksarbeit» besorgen, für die auch Europa, wenn es schiefgeht, einen Preis zahlen wird. Die Folgen der letzten Flüchtlingskrise sind bis heute nicht verdaut. Was könnte schon schiefgehen?

Zur Wahrheit gehört: Die Islamische Republik ist ein im Niedergang begriffenes Staatswesen. Sie ist dabei, ihr eigenes Volk vollends zu verlieren. Sicherheitspolitisch kann dieser Niedergang jedoch gemanagt werden. Es gibt keinerlei Gefahr, die sich nicht auf dem Verhandlungswege eindämmen liesse. Für die Hochrisikowette eines sich jetzt anbahnenden Krieges besteht insofern keine zwingende Veranlassung. Die intelligenteren Teile der islamistischen Eliten werden begriffen haben, dass ein Weiter-So spätestens nach dem Ableben des Obersten Revolutionsführers keine Option ist. Der Krieg, der nun auszubrechen droht, ist ein Vabanquespiel mit extrem hohen Einsatz.

(IPG-Journal 24.2.2026)



## Editorial

## Hoffnung auf und Solidarität mit Europa

*Wenn diese Ausgabe bei Ihnen eintrifft, hat der Nationalrat in der Frühlingssession seine grosse Debatte über die sogenannte Neutralitätsinitiative abgeschlossen. Der Ständerat hatte noch in der vergangenen Juni-Session dem von Christoph Blocher lancierten Begehren einen direkten Gegenvorschlag gegenüberstellen wollen, der auf das zentrale Anliegen der Initiative, das Verbot von nicht-militärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten, verzichtet hätte, aber die «immerwährende» Neutralität in der Verfassung zu verankern beabsichtigte.*

*Den anschliessend durch die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates in die Vernehmlassung gegebenen Vorschlag unterstützte nur der Kanton Uri, Ständerat Daniel Jositsch, Alt-Botschafter Paul Widmer und die Economiesuisse. So ist zu hoffen, dass der Nationalrat die Neutralitätsinitiative, die sich explizit dagegen ausspricht, dass die Schweiz die europäischen Sanktionen gegen Russland nach deren Angriff übernimmt, eindeutig und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt und somit über die Initiative bald entschieden werden kann.*

*Der Krieg gegen die Ukraine dauert jetzt schon vier Jahre. Das Land konnte bisher dank zunehmender europäischer Unterstützung gegen das russische Imperium standhalten. Dabei erwies sich die immer wieder gern totgesagte Europäische Union als zählebiger denn gedacht. Sie ist durch die Verteidigung der europäischen Ukraine und dem wirtschaftlichen wie politischen Angriff der Trump-Administration vielmehr gestärkt worden.*

*Das heisst für die Schweiz, die mitten in Europa sicherheitspolitisch und wirtschaftlich alles andere als autonom ist, sondern von ihrer Umgebung abgesichert wird, dass sie sich konsequent dem europäischen Raum öffnet. Dazu gehört die Beteiligung an den europäischen Sanktionen (weshalb die Versenkung der Neutralitätsinitiative unabdingbar ist) ebenso wie eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit und vor allem ein Courant normal in den Beziehungen zur EU. Das heisst mit anderen Worten: Im Juni ist die 10-Millionen-Schweiz-Initiative wegen deren Sabotierung der Personenfreizügigkeit abzulehnen, in absehbarer Zeit gilt es, die Beziehungen zu Europa mit dem Rahmenvertrag weiterzuentwickeln.*

Peter Weishaupt

# Beitritt aus Eigeninteresse

**Der Bundesrat lehnt einen Schweizer Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) ab. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) in Genf begründet, warum das Nein nochmals überdacht werden sollte.**

/Florian Ebenkamp/

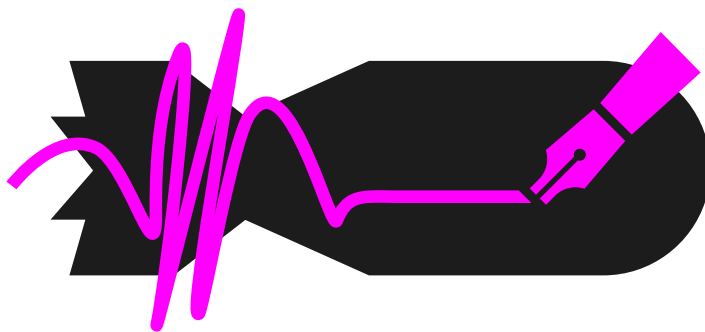
Die ablehnende Haltung des Bundesrates gegenüber einem Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) verdient eine genauere Prüfung. Denn sie blendet mehrere strategische Dimensionen aus, die für ein kleines, regelabhängiges Land wie die Schweiz zentral sind. Die Schweiz ist eines der sichersten Länder der Welt. Sie ist politisch stabil, wirtschaftlich resilient und nicht in militärische Bündnisstrukturen eingebunden. Daraus folgt jedoch nicht, dass nukleare Risiken für sie sicherheitspolitisch marginal wären. Die Folgen eines Atomwaffeneinsatzes, Strahlung, klimatische Effekte, Produktionsausfälle und globale Versorgungsstörungen sind wissenschaftlich breit untersucht. Selbst ein regional begrenzter Nuklearkonflikt hätte weltweite Auswirkungen.

## Eine Frage der nationalen Sicherheit

Zudem trägt die Schweiz die Risiken nuklearer Abschreckung bereits heute mit, ohne Einfluss auf Doktrinen, Einsatzschwellen oder Modernisierungsentscheidungen der Atomwaffenstaaten. Ob Arsenale erweitert, Einsatzkonzepte angepasst oder wo Atomwaffen stationiert werden, liegt vollständig ausserhalb schweizerischer Entscheidungsmöglichkeiten. Eine politische Annäherung an nuklear gestützte Sicherheitsstrukturen verändert diese Asymmetrie nicht. Sie erhöht weder Mitentscheidungsrechte noch Risikokontrolle. Sicherheitspolitisch bedeutet dies substanzielle Risikoexposition bei minimaler Einflussmöglichkeit. Vor diesem Hintergrund ist die

Frage eines Beitritts zum TPNW keine primär symbolische oder politische Frage, sondern eine der nationalen Sicherheit. Die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen und die Reduktion nuklearer Risiken sind ein legitimes Sicherheitsinteresse der Schweiz.

Die Annahme, nukleare Abschreckung erzeuge Stabilität, basiert auf Vermutungen und Voraussetzungen, die empirisch nicht verifizierbar sind. Dazu gehören die dauerhafte Rationalität aller Akteure, technische Fehlertoleranz und kontrollierbare Eskalationsdynamiken. All das wird durch die Realität immer mehr in Frage gestellt. Die zunehmende Einführung von künstlicher Intelligenz in diese Systeme erhöht die Risiken zudem. Nukleare Abschreckung ist kein belastbarer Sicherheitsmechanismus, sondern ein theoretisches Modell unter



## ATOMWAFFENVERBOTSINITIATIVE

Hochrisikobedingungen, dessen Scheitern irreversible Folgen hätte. Eine Sicherheitsstrategie, die auf einem Konzept beruht, das nicht versagen darf, ist strukturell fragil.

Der TPNW setzt an dieser Risikoperspektive an. Er delegitimiert Atomwaffen und kodifiziert diese normative Ächtung im Völkerrecht. Seine Wirkung ist nicht davon abhängig, dass Atomwaffenstaaten sofort beitreten. Völkerrechtliche Normbildung entfaltet indirekte Effekte durch Stigmatisierung, Verhaltensänderungen, institutionelle Praxis und politische Erwartungshaltungen. In diesem Sinne ist der TPNW ein sicherheitspolitisches Instrument zur Korrektur externalisierter Risiken.

## Beitritt schafft langfristig mehr Schweizer Einfluss

Über die nukleare Risikofrage hinaus berührt die TPNW-Debatte ein zweites unmittelbares Problemfeld, die Erosion multilateraler Ordnungsstrukturen. Rüstungskontrollregime zur blossen Verwaltung von Kernwaffen verlieren an Kraft, Grossmächte blockieren Institutionen, und regelbasierte Kooperation wird fragiler. Für ein kleines, stark internationalisiertes Land ist diese Entwicklung unmittelbar sicherheitsrelevant, denn unser Wohlstand und Einfluss beruhen wesentlich auf stabilen internationalen Regeln und Institutionen. Multilaterale Normenerosion ist daher ein strukturelles Sicherheitsrisiko.

Die strategische Leitfrage lautet somit nicht nur, ob ein TPNW-Beitritt der Schweiz auch von den Atomwaffenstaaten gutgeheissen würde. Sie lautet, wie die Schweiz langfristig relevant und wirksam in einer zunehmend fragmentierten Sicherheitsordnung bleibt. Ebenso stellt sich die Frage, wo sie überproportional Einfluss entfalten kann und mit welchen Instrumenten sie jene regelbasierte Ordnung stärkt, von der sie selbst besonders abhängt.

Der Bundesrat begründet seine Zurückhaltung mit der vermuteten Vermeidung von Nachteilen in der konventionellen Rüstungszusammenarbeit und potenziellem Einfluss durch politische Nähe zur Nato. Dahinter steht die Annahme, sicherheitspolitische Wirksamkeit entstehe durch Kooperationsfähigkeit mit nuklear gestützten

Sicherheitsarchitekturen. Diese Logik ist unvollständig. Einfluss entsteht nicht durch die Rolle als weiteres europäisches Land, das den nuklearen Status quo hinnimmt, sondern durch glaubhafte normative Positionierung und klar definierte Interessen.

## Stärkung des Völkerrechts

Interessenbasierte Aussenpolitik beginnt nun mal mit der Formulierung nationaler Interessen. Die aktuelle sicherheitspolitische Strategie der Schweiz benennt die weltweite nukleare Aufrüstung ausdrücklich als Bedrohungsfaktor. Zugleich definiert sie die Stärkung des humanitären Völkerrechts und der regelbasierten Ordnung als sicherheits-

politisches Instrument. Daraus ergibt sich eine Inkonsistenz, denn beim zentralen völkerrechtlichen Instrument zur Delegitimierung von Atomwaffen, dem TPNW, verzichtet die Schweiz bisher auf aktive Mitwirkung. Wie soll so das selbst formulierte Interesse glaubhaft vertreten werden?

Die Schweiz wird die europäische oder gar globale Sicherheitslage nicht durch militärische Machtprojektion prägen. Sie kann jedoch normative, rechtliche und institutionelle Prozesse mitgestalten. In diesen Feldern hat sie historisch überdurchschnittlichen Einfluss entfaltet, insbesondere im humanitären Völkerrecht. Ein TPNW-Beitritt würde an diese sicherheitspolitische Tradition anknüpfen und die Möglichkeit eröffnen, Risikodebatten, Verifikationsfragen und Implementierungsstandards aktiv mitzuprägen.

Die Bewertung des TPNW sollte daher strategisch eingeordnet werden, als Frage von Risikoexposition, Normstabilisierung und internationaler Rollenwahrnehmung. Unter diesen Gesichtspunkten ist der Beitritt der Schweiz zum TPNW eine kohärente Option zur Stärkung der nationalen Sicherheit.

**Florian Eblenkamp** ist «Advocacy Officer» der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) in Genf, einer Koalition von über 600 Nichtregierungsorganisationen in 110 Ländern. ICAN Schweiz ist Teil einer Allianz, die am 23. Dezember 2025 eine Volksinitiative für einen Schweizer Beitritt mit 105'674 gültigen Unterschriften eingereicht hat.

Die Kolumne von Balthasar Glättli

## Explosion der Armeeausgaben bringt nicht mehr Sicherheit

Während ich diese Zeilen schreibe, berichten die Newsticker vom neuen US-Israelischen Krieg gegen den Iran. Anfang 2026 attackierte Trump auch Venezuela. In beiden Fällen gilt: Die attackierten Regime waren keine Demokratien. Sie treten die Menschenrechte mit Füßen, ja Anfang Jahr ermordeten die iranischen Revolutionsgarden gar Zehntausende von Menschen.

Gleichzeitig waren beide Angriffe ein ebenso eklatanter Verstoss gegen das Völkerrecht wie der Angriff Putins auf die Ukraine vor vier Jahren. Und alle wissen: Es geht Trump nicht darum, die Menschenrechte zu stärken. In Venezuela belässt er die bisherige Vizepräsidentin Delcy Rodríguez an der Spitze einer Marionettenregierung. Die Unterdrückung geht weiter. Hauptsache, die Tanker bringen das venezolanische Erdöl nun in die USA und nicht länger nach Kuba. Meine Wette steht: Auch im Iran werden nicht die Menschenrechte siegen, sondern die Erdölinteressen der USA.

Die Ereignisse werden aber in Europa und in der Schweiz die Aufrüstungsturbos beflügeln. Als wäre die Explosion des Schweizer Militärbudgets nicht schon erschreckend genug. Es betrug 2017–2020 im Schnitt 4,7 Milliarden Franken jährlich. 2021–2024 waren es bereits 5,275 Milliarden. 2025–2028 plante man ursprünglich jährlich 6,45 Milliarden ein, neu soll es jährlich nochmals eine Milliarde mehr sein. Ab 2029 will nun der Bundesrat ein Jahrzehnt lang via Mehrwertsteuer nochmals 3,1 Milliarden pro Jahr zusätzlich einnehmen. Das ergibt mehr als eine Verdoppelung innerhalb von zehn Jahren.

Ja, die Zeiten sind wieder unsicherer geworden. Wer aber meint, in dieser Situation würde eine Explosion der schweizerischen Armeeausgaben mehr Sicherheit schaffen, lässt jeden



Realismus vermissen. Vorab finden die realen Attacken im Vorfeld bereits jetzt statt – ohne Panzer und Kampffjets: Aufhetzung in den unregulierten Sozialen Medien und Cyberattacken. Zweitens führen die egoistischen unkoordinierten Aufrüstungspläne Europas und der Schweiz in naher Zukunft bloss dazu, dass wir der Ukraine die dort zur Verteidigung dringend benötigten Waffen wegkaufen. Und drittens stärken Milliardenkäufe von US-Rüstungsgütern wie die F-35 nicht etwa die Unabhängigkeit vom neuen Imperialismus, sondern machen uns auch militärisch voll abhängig von den USA, in denen das Recht des Stärkeren fröhlich Urständ feiert.

Sowohl für Frieden wie für die Sicherheit wäre mehr getan, wenn wir unsere Anstrengungen verdoppelten, uns aus der Abhängigkeit der fossilen Energien befreien, die heute die Kassen der Kriegstreiber und Unrechtsregimes füllen.

Balthasar Glättli (\*1972) ist seit 2011 Nationalrat der Grünen. Er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-N) und der Staatspolitischen Kommission (SPK-N).



zu den Verschärfungen  
des Zivildienstes

## Zivildienst-Referendum: Volksabstimmung am 14. Juni 2026

Mit 57'280 gültigen Unterschriften ist das am 15. Januar 2026 nach dreimonatiger intensiver Sammlung eingereichte Referendum gegen die Verschärfung der Zulassung zum Zivildienst zustande gekommen. Bereits am 14. Juni 2026 findet die Volksabstimmung statt. Alle Informationen zum Abstimmungskampf sind auf [www.zivildienst-retten.ch](http://www.zivildienst-retten.ch) sowie auf [www.friedensrat.ch](http://www.friedensrat.ch) zu finden. Derweil sind letztes Jahr die Zulassungen zum Zivildienst auf einen Höchstwert gestiegen.

Das Bundesamt für Zivildienst verfügte im Jahr 2025 7211 Zulassungen gegenüber 6799 im Jahr 2024. Diese Zahl übertrifft den bisherigen Höchstwert aus dem Jahr 2010 mit 6826 Zulassungen. 2025 haben 33,4

Prozent der zugelassenen Personen ihr Zivildienstgesuch nach Abschluss der Rekrutenschule gestellt, ein ähnlicher Anteil wie im Jahr 2024 (33,7 Prozent). Der Anteil der Zulassungen, bei denen das Gesuch vor der RS eingereicht wurde (55,4 Prozent bzw. 3997 Personen) blieb gegenüber dem Vorjahr ebenfalls stabil, während der Anteil Zulassungen während der RS 2025 bei 11,2 Prozent lag gegenüber 10,6 Prozent im Jahr 2024.

Wie schon 2023 und 2024 wurde auch 2025 ein Höchststand bei den Anzahl Zivildiensttagen erreicht: Im vergangenen Jahr wurden knapp 1,9 Millionen Dienstage geleistet. Über die Hälfte (50,4 Prozent) entfiel auf das Sozialwesen, 18,1 Prozent auf das Schulwesen, 14,8 Prozent auf das Gesundheitswesen und 9,6 Prozent auf den Bereich Umwelt- und Naturschutz. Alle Tätigkeitsbereiche fallen unter die Schwerpunkt-

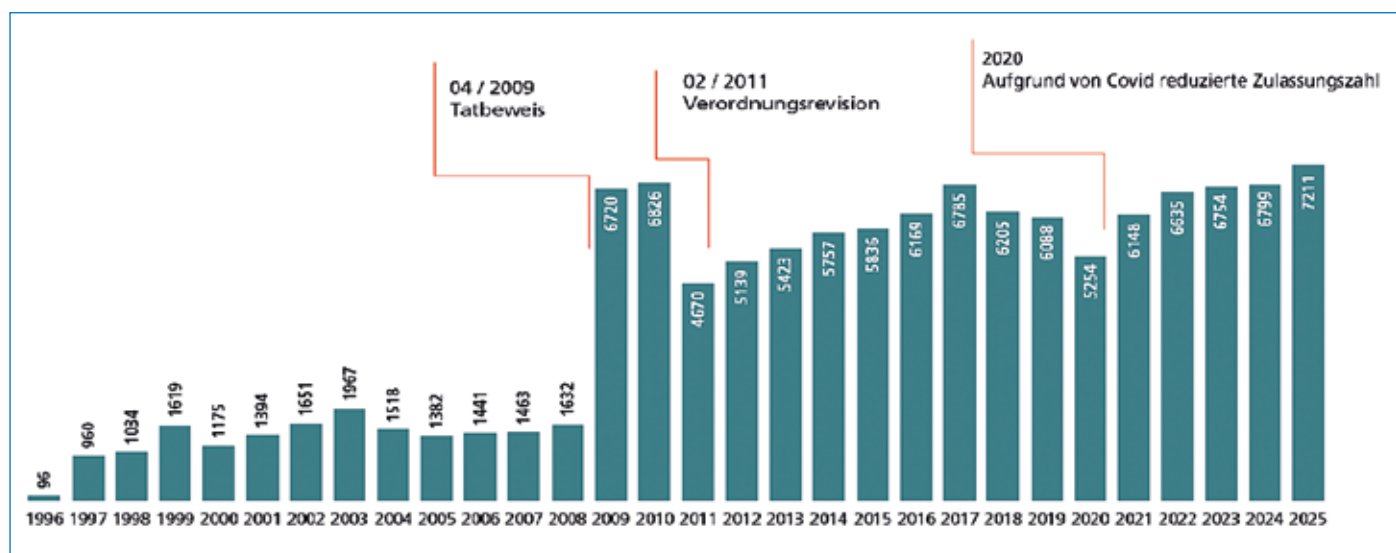
programme Pflege und Betreuung sowie Umwelt- und Naturschutz, in denen der gesellschaftliche Bedarf an personeller Unterstützung besonders gross ist.

### Weniger Einsatzbetriebe, aber genügend Einsatzplätze

Die Zahl der anerkannten Einsatzbetriebe ist 2025 weiter zurückgegangen und liegt nun bei 4264 (-2,2 % Prozent). Darin berücksichtigt wird der Entzug der Anerkennung durch das Bundesamt und der Rückzug von Einsatzbetrieben, die keine Zivis mehr beschäftigen möchten. Zudem existiert seit mehreren Jahren eine Beschränkung der Neuankennung von Einsatzbetrieben innerhalb der Schwerpunktprogramme. Mit den 15'770 Einsatzplätzen ist der Zivildienstvollzug gewährleistet und gleichzeitig die relative Neutralität der Einsätze auf dem Arbeitsmarkt gewahrt.

Auch im Kurswesen wurde ein Höchststand verzeichnet. Die Zahl der durchgeführten Kurse lag 7,4 Prozent über dem Vorjahr. 811 Kurse fanden vor Ort im Ausbildungszentrum Schwarzsee und teilweise online statt. Das Ausbildungszentrum Schwarzsee, das in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen begeht, konnte damit vollständig ausgelastet werden. Zivildienstpflichtige absolvieren dort ihre Vorbereitungs- und Ausbildungskurse zu ihren Einsätzen.

Bundesrat und Parlament wollen die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst, insbesondere die der Armeeangehörigen, welche die RS abgeschlossen haben, mit sechs Massnahmen reduzieren. Gegen diese Revision des Zivildienstgesetzes richtet sich das Referendum der Allianz Zivildienst retten, über die jetzt am 14. Juni abgestimmt wird. (pw)



## Stabiles Bleiberecht für ukrainische Geflüchtete

Vier Jahre nach Beginn der russischen Invasion der Ukraine dauert der Krieg weiterhin an und die Sicherheitslage bleibt im ganzen Land äusserst volatil. Allein im vergangenen Jahr sind bei russischen Angriffen rund 15'000 Zivilpersonen in der Ukraine verletzt oder getötet worden – und die russische Bombardierung von Wohngebieten und Energie-Infrastruktur geht unvermindert weiter. Es ist denn auch auf absehbare Zeit völlig unrealistisch, dass sich die Situation in der Ukraine so nachhaltig stabilisiert, dass Geflüchtete in Sicherheit in ihre Heimat zurückkehren können.

Damit stellt sich im fünften Kriegsjahr die dringende Frage nach der Zukunft der Betroffenen, die heute mit dem temporären Status S in der Schweiz leben. Viele von ihnen sind Mütter mit ihren Kindern und junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren. 2027 werden rund 48'000 Schutzbedürftige fünf Jahre in der Schweiz sein und gemäss Gesetz eine reguläre Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) erhalten, wie eine Analyse im Auftrag des Bundesrates aufzeigt. Diese Bewilligung ist für Geflüchtete aus der Ukraine allerdings nur bis zur definitiven Aufhebung des Status S gültig. Das bringt den Betroffenen weder die nötige Sicherheit für ihr Leben in der Schweiz noch fördert es ihre Integration.

Mit Blick nach vorn braucht es deshalb jetzt eine nachhaltige Lösung für die Regelung der Aufhebung oder Ablösung des Schutzstatus S und den Übergang zum Status B ab 2027. Dabei sollte den Geflüchteten aus der Ukraine nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz ein möglichst stabiles langfristiges Bleiberecht gewährt werden. Das gibt ihnen eine integrationsfördernde Perspektive, schafft Sicherheit und erleichtert die Jobsuche.

Zugleich ist beim Entscheid zum Verbleib der Geflüchteten die individuellen Situationen und Lebensumstände angemessen zu berücksichtigen: Eine langfristig sichere Bleibeperspektive sollte nicht nur erhalten, wer bereits erwerbstätig ist, sondern insbesondere auch eingeschulte Kinder mit ihren Eltern oder Angehörigen, junge Menschen in Ausbildung und verletzte Personen.

*Eliane Engeler*

*Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH*

Thanks to Eisenstein



## Unhaltbare Sanktionen der Schweiz gegen die Ukraine aufheben

Anfang der jetzigen Frühlingssession ist die Behandlung einer am 18. Dezember 2025 eingereichten Motion der Solothurner Ständerätin Franziska Roth traktandiert, die sich dagegen wendet, dass der Bundesrat Russland und die Ukraine auf die gleiche Stufe setzt. Unter dem Titel «Unhaltbare Sanktionen der Schweiz gegen die Ukraine aufheben» soll der Bundesrat beauftragt werden, «gegen das Opfer einer völkerrechtswidrigen Aggression (Artikel 2 Ziffer 4 der UNO-Charta) das Gleichbehandlungsgebot gemäss dem Haager Neutralitätsrecht (Artikel 9 des Abkommens betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs) nicht anzuwenden und alle gegen die Ukraine in der Verordnung SR 946.231.176.72 notrechtlich gestützt auf Artikel 184 Absatz 3 der Bundesverfassung verhängten Sanktionen ersatzlos aufzuheben».

### Kein Recht darauf, den Aggressor und das Opfer gleich zu behandeln

Franziska Roth begründet den Vorstoss wie folgt: «Die Schweiz ist weltweit das einzige Land, das die von der EU gegen Russland verhängten Sanktionen im Technologiebereich auch gegen die Uk-

raine verhängt hat. Es gibt aber keine moralische, aussenpolitische oder sicherheitspolitische Rechtfertigung, das Opfer einer völkerrechtswidrigen Aggression gleich wie den Aggressor zu behandeln.

Die UNO-Generallversammlung hat Russland in ihrer Resolution ES-11/1 vom 2. März 2022 zweifelsfrei als Aggressor bezeichnet. Die in der Ukraineverordnung verankerte und durch nichts zu rechtfertigende Gleichbehandlung von Aggressor und Opfer ist umso stossender, als es dafür nicht einmal eine gesetzliche Grundlage gibt. Der Bundesrat stützt sich in seinen gegen die Ukraine gerichteten Sanktionen auf Notrecht und ruft entsprechend der Ukraineverordnung Art. 184 Abs. 3 der Bundesverfassung an.

### Nicht vom Kriegsmaterialgesetz erfasst

Materiell geht es in der vorliegenden Motion in erster Linie um die Möglichkeit, der Schweizer Industrie wieder den Export von «besonderen militärischen Gütern» gemäss Anhang 3 der Güterkontrollverordnung nach der Ukraine zu ermöglichen. Sie werden vom Kriegsmaterialgesetz nicht erfasst, sondern allein vom Güterkontroll- und vom Embargogesetz, das allein den Nachvollzug internationaler Sanktionen zulässt.»

# Vor den Augen der Welt

**Unzählige Satellitenaufnahmen zeigen, wie das russische Regime ukrainische Kinder entführen lässt. Warum nur sind wir nicht in der Lage, Verbrechen klar zu benennen?**

/Sofi Oksanen/

Als ich klein war, begannen meine estnischen Cousins und Cousinen, die ein wenig älter waren als ich, sich Sorgen um ihre Grösse zu machen. Ihr Vater war klein für einen Mann, und seine Kinder fragten sich, ob sie ebenfalls so klein bleiben würden. Doch so kam es nicht – ihr Vater war einen Kopf kleiner als ich, doch seine Nachkommen wurden gross, viel grösser als ich.

Dass ihr Vater von kleiner Statur war, hatte einen Grund. Im März 1949 deportierte die Sowjetunion 20'073 Menschen

aus dem von den Sowjets besetzten Estland, und er war mit vierzehn Jahren einer davon. In Sibirien überlebte er, indem er Kartoffelschalen ass, und verlor so einige Zentimeter Wachstum, kehrte aber im Gegensatz zu vielen anderen lebend zurück. Die Kindersterblichkeit unter den Deportierten war hoch.

\*\*\*

Das als Gulag bekannt gewordene Lager-system sollte eigentlich ewig bestehen, wurde aber in den Jahren nach Stalins Tod 1953 abgebaut, worauf die Insassen nach jahrelanger Lagerhaft wieder in die Gesellschaft entlassen wurden. Die Mehrheit hatte kein Zuhause, in das sie zurückkehren konnten. Was sie besessen hatten, war konfisziert worden. In Estland waren russische Siedler in ihre Häuser gezogen.

Mein Onkel hatte in Sibirien wie die anderen Deportierten fließend Russisch zu sprechen gelernt, doch das half ihm bei den Problemen nicht weiter, vor denen er nach seiner Rückkehr in die Heimat stand: Weil sein Schulbesuch mit der Verschleppung geendet hatte, besass er kein Zeugnis über irgendeinen Schulabschluss, was er aber für jede Art der Weiterbildung benötigte. So wie auch für die Jobsuche.

Schliesslich gelang es ihm, einen Platz in einer Fahrschule zu ergattern, deren Leiter Mitleid mit ehemaligen Lagerinsassen hatte. Nicht alle zeigten so viel Verständnis – viele mieden den Kontakt mit Menschen, die das Stigma ehemaliger Volksfeinde trugen. Doch mit einem Führerschein konnte er sich Arbeit in einem Holzfällerlager besorgen, wo er den Holzlasten fuhr.

\*\*\*

Mein Onkel war nicht deportiert worden, weil er irgendetwas getan hatte. Als Teenager hatte er sich nicht an anti-sowjetischen Aktivitäten beteiligt; er war kein «Waldbruder» gewesen, kein Widerstandskämpfer wie mein Grossvater. Er war nicht wie die Brüder meiner Grossmutter, die gegen die Besatzer zu den Waffen gegriffen hatten und, gejagt vom sowjetischen Geheimdienst NKWD, ums Leben gekommen waren. Er wurde als Kind nur aus einem einzigen Grund verschleppt: Er war Este – Sohn estnischer Eltern, Kind eines Mannes, der bereits Jahre zuvor wegen Widerstands gegen die sowjetische Besatzung ins Lager gekommen war.

\*\*\*

Als während des russischen Überfalls auf die Ukraine die Verschleppung ukrainischer Kinder ans Licht kam, erregte das weltweit Aufmerksamkeit. Seit Russland nach der Besetzung der Krim 2014 mit den Deportationen begann, sind etwa 35'000 ukrainische Kinder nach Russland verschleppt worden, und nur wenige von ihnen konnten zurückkehren. Ich war jedoch erstaunt, wie schnell das Thema wieder aus der medi-



**Die Verschleppten und Vermissten der Ukraine**

**Informationsabend / 17. März 2026 / Zürich**  
19.00 – 21.00 Uhr, VPOD, Birmensdorferstr. 67, vis-à-vis Bahnhof Wiedikon

Die verschwundenen und verschleppten Zivilpersonen des russischen Angriffskriegs stellen Fragen nach Schutz, Menschenrechten, Verantwortung und Aufarbeitung.

*Podiumsgespräch mit*

|                         |                                                                                         |
|-------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Olena Khomenko</b>   | Volksabgeordnete der Werchowyna Rada der Ukraine und Mitglied des Europarates           |
| <b>Barbara Haering</b>  | Mitglied der Internationalen Kommission für Vermisste Personen ICMP                     |
| <b>Pavlo Shmulevych</b> | Regionalökonom, früher Nationalles Institut für Strategische Forschungen, Cherson/Kyjiw |
| <b>Polina Sommer</b>    | Präsidentin Art of Peace                                                                |
| <b>Taras Berezovets</b> | Ukrainischer Politikwissenschaftler                                                     |

Filmauszug **Gefangene: Das System des Terrors** sowie Statements ukrainischer Betroffener und der russischen Politaktivistin Jewgenija Tschirikowa

Englische und ukrainische Übersetzung. Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich unter [diana.schenkel@friedensrat.ch](mailto:diana.schenkel@friedensrat.ch) bis zum 14. März 2026 an und erhält dann den Zugangscode.



# Verschleppt, vermisst – aber nicht vergessen

Im Jahr 2022 wurde die Ukraine nach 2014 zum zweiten Mal von der Russischen Föderation völkerrechtswidrig umfassend angegriffen. Der Eroberungs-, Plünderungs und Zerstörungskrieg dauert nun bereits vier Jahre, und er betrifft längst nicht mehr ausschliesslich die östlichen Teile der Ukraine. Zunehmend werden kritische Infrastrukturen im ganzen Land zerstört.

Während wir vom Friedensrat die Veranstaltung gemeinsam mit der ICMP und den ukrainischen Vereinigungen vorbereiten (siehe links), finden erneut Gespräche zur Beendigung dieses Angriffskrieges statt. Die Aussichten bleiben dunkel. Es geht um die Souveränität der Ukraine – und es geht um die Grundprinzipien von Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie in Europa und darüber hinaus.

Wir rücken am 17. März 2026 die verschleppten und vermissten Zivilpersonen ins Blickfeld. Die Ukraine steht vor der beispiellosen Aufgabe, das Verschwinden von mehr als 80'000 Zivilpersonen zu untersuchen – darunter rund 35'000 Kinder. Dies ist der grösste Fall von Entführungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Viele der Vermissten sollen festgenommen, deportiert,

zwangsweise verlegt, gefoltert oder getötet worden sein. Kinder sollen an über 100 Orten festgehalten werden.

Trotz des anhaltenden bewaffneten Konflikts bleibt die Ukraine verpflichtet, ihre internationalen rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, das Verschwinden von StaatsbürgerInnen zu untersuchen, betroffene Familien zu unterstützen und die Verantwortlichkeit für begangene Verbrechen sicherzustellen. Die Befreiung der Zivilpersonen und insbesondere der verschwundenen Kinder ist denn auch eine wichtige Bedingung für einen Waffenstillstand.

Die Ukraine wird sowohl vom IKRK als auch von der International Commission on Missing Persons (ICMP) mit Sitz in den Haag unterstützt. Während das IKRK ihrem Mandat gemäss ganz im Vertraulichen agiert, kommt ICMP eine breitere Mission zu. ICMP unterstützt die ukrainischen Behörden bei der Erfassung vermisster Personen durch effektive, unparteiische und international glaubwürdige Ermittlungen. Die Unterstützung stärkt die technische, institutionelle und rechtliche Kapazität der Ukraine, Vermisstenfälle zu untersuchen.

Die Unterstützung erstreckt sich über den gesamten Ermittlungsprozess – von der professionellen Bergung und Untersuchung menschlicher Überreste über die Feststellung von Todesursache und Todesart bis hin zur DNA-basierten Identifizierung von Personen durch genetische Verwandtschaftsanalysen zwischen Vermissten und ihren Angehörigen. Der Prozess mündet in der Etablierung unwiderlegbarer Identitätsnachweise, die sowohl die strafrechtliche Verantwortlichkeit als auch die Rechte der Familien unterstützen können.

Unsere Veranstaltung bringt Olena Khomenko als ukrainische Parlamentarierin und Mitglied des Europarats nach Zürich. Sie setzt sich seit Jahren dafür ein, dass das Schicksal der Verschleppten und Vermissten auf dem Verhandlungstisch bleibt. Mit ihr werden Polina Sommer (Art of Peace), Barbara Haering (ICMP) sowie Pavlo Shmulevych (früherer Mitarbeiter der Regierung Selenskys in Cherson, verschleppt und heute in Zürich) diskutieren. Filmausschnitte illustrieren die Situation mit Statements von Angehörigen.

*Barbara Haering*

alen Öffentlichkeit und der politischen Diskussion verschwand.

Bereits während der Zarenzeit übernahmen westliche Länder den kolonialen russischen Blick, und die Sowjet-Ära hat daran nichts geändert. In den baltischen Staaten gehören Deportationsgeschichten zu den wichtigsten Identitätserzählungen, doch für den Westen existieren sie nicht oder gehören bloss zur Lokalgeschichte. Der frühere Ostblock – der die Hälfte von Europa ausmacht – hat die Erfahrung zweier unterschiedlicher totalitärer Systeme gemacht, und trotzdem ist unsere Erfahrung immer noch nicht anerkannter Teil der gemeinsamen Erzählung des europäischen Kontinents geworden. Sie wurde nie zu einer historischen Erinnerung des gesamten Europas.

Die UkrainerInnen bezeichneten die Deportationen, als sie begannen, zu

Recht als Verschleppungen und Entführungen. Das sind klare, präzise und verständliche Wörter. Diese Wortwahl war klug, denn die UkrainerInnen mussten die Information über das Geschehen in einer Weise verbreiten, die auch für Menschen verständlich war, die nichts über ukrainische Geschichte wussten oder über die vorherigen Deportationen, verständlich für Menschen, die den russischen Blick übernommen hatten, ohne sich darüber im Klaren zu sein, und hätte ich es besser gewusst, als ich vor über zwanzig Jahren über genau dieses Thema zu schreiben anfang, ich hätte genau diese Wörter gewählt.

\*\*\*

Aber das hätte ich gar nicht gekonnt, denn als meine ersten Bücher in den 2000er-Jahren veröffentlicht wurden,

hatte Russland den Kampf gegen die Geschichte und die Fakten bereits begonnen. Ich verwendete die Wörter aus Geschichtswissenschaft und Forschung, damit deutlich wurde, dass ich über Ereignisse schrieb, die im echten Leben passiert waren, über Verbrechen, die von internationalen, unabhängigen ForscherInnen untersucht worden waren.

Zum russischen Vorgehen, das wahre Wesen der Deportationen zu leugnen, gehört auch das Verhöhnern der Opfer. Als die Prozesse gegen die Menschen begannen, die an den Deportationen in Estland beteiligt waren, verwandelten die russischen Medien die Gerichtsverhandlungen in eine Zirkusschau, in der russische Kinder den Tätern Nelken brachten und sie als Helden verehrten. Sie können sich sicher vorstellen, wie

Fortsetzung Seite 10

sich das anfühlte, wenn ich Ihnen sage, dass wir das Leugnen der Verschleppungen so ernst nehmen wie das Leugnen des Holocausts.

Doch ich habe den Eindruck, dass niemand sonst diese russischen Desinformationskampagnen ernst nahm. Der Kreml wertete das als schweigende Zustimmung, was ihn im Glauben bestärkte, bei den nächsten Deportationen würde die Reaktion genauso ausfallen, und als sie dann in der Ukraine losgingen, verwendete Russland sogar die gleichen Formulierungen. Sie nannten die Lager zu der Zeit «Sommerlager» und die Verschleppung «Sommerferien». Jetzt stiehlt Russland ukrainische Kinder unter dem Vorwand, sie in Ferien- und Sommerlager zu bringen, und das können sie tun, weil sich im internationalen Kontext niemand widersetzt hat, als sie historische Fakten verzerrten.

\*\*\*

Das Wesen früherer Deportationen abzustreiten, ist für die Russische Föderation so wichtig, dass die Verbreitung von Informationen über diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Russland inzwischen eine Straftat ist. All das ebnete den Weg für die zukünftigen Deportationen und die Umerziehung ukrainischer Kinder. Solche Taten brechen zwar das Völkerrecht, aber innerhalb



Aus dem Englischen von Ingo Herzke. Diese Rede wurde gehalten auf dem Kongress des Schriftstellerverbands PEN Berlin am 29. November 2025 in Berlin. **Sofi Oksanen**, geboren 1977, ist eine finnisch-estnische Schriftstellerin. Zuletzt erschien ihr Essay «Putins Krieg gegen die Frauen» (2023) bei Kiepenheuer & Witsch (vgl. Besprechung in **FRIEDENSZEITUNG** 49/24).

der Russischen Föderation sind sie legalisiert worden.

Und weiter werden Deportierte dorthin geschickt, wo sie gebraucht werden. In den 1940ern brauchte man Arbeiter für die Bergwerke und den Eisenbahnbau. Heute konzentriert man sich wegen der demografischen Probleme auf Kinder, und statt die Deportierten wie früher in Lagern oder Exilgemeinden zu isolieren, werden sie jetzt in die russische Gesellschaft assimiliert. Doch beide Methoden haben das gleiche Ziel – die nationale Identität der betroffenen Gruppen auszulöschen – und sind daher genozidale Praktiken.

\*\*\*

Diese russische Kolonisierungsmethode ist effektiv, doch in meiner Schulzeit wurde überhaupt nicht darüber gesprochen. Als ich für meinen Debütroman recherchierte, fand ich nichts über russischen Kolonialismus, von Dekolonisierung ganz zu schweigen. Während meines Studiums an der Universität Helsinki stand nichts über russischen Kolonialismus auf meinen Lektürelisten. Als ich mich mit Gender Studies beschäftigte, war Dekolonisierung der Begriff der Stunde, aber das bezog sich nicht auf Russland oder Osteuropa. Es ging nur um den westlichen Übersee-Imperialismus. Nicht um den östlichen Siedlerkolonialismus, der zu Pferd vorangetrieben wurde.

Dank der Ukraine ist die Situation inzwischen besser, aber der russische Blick lässt sich nicht innerhalb weniger Jahre dekolonisieren. Als ich meine ukrainische Freundin fragte, warum ihrer Ansicht nach die westliche Reaktion auf die Deportationen so windelweich ausfällt, gab sie mir eine düstere Antwort: «Die halten uns immer noch für Russen.» Wenn das stimmt, ist die koloniale Assimilierungspolitik Russlands wirksamer, als man glauben möchte, denn sie betrifft nicht nur die Menschen in den von Russland kontrollierten Gebieten, sondern auch Menschen, die ausserhalb Russlands leben.

\*\*\*

Und genau darum kann die Friedensrhetorik, die sich nur auf Grenzverläufe fixiert, auch niemals zu einem nachhaltigen und gerechten Frieden führen. Im Herzen des Krieges liegt Identitätspolitik: UkrainerInnen sind keine RussInnen

und wollen auch keine RussInnen werden, während Russland die UkrainerInnen um jeden Preis zwingen will, RussInnen zu werden. Darum stehen diese Kindesentführungen auch im Zentrum des Konflikts: Russland stiehlt ukrainische Kinder, um sie zu RussInnen umzuerziehen, und sie tun das ganz offen, ohne es zu verbergen.

Die ganze Welt kann Russlands Vorgehen beobachten; Satellitenaufnahmen zeigen Busse, die an Flughäfen auf die Kinder warten, die in Flugzeugen des Präsidenten hergebracht wurden. Das scheint Russland jedoch gar nichts auszumachen. Ganz im Gegenteil. Sie verdrehen die Sichtbarkeit ihrer Taten, indem sie die Deportationen als «Evakuierungen» oder «Rettungsmassnahmen» verschleiern. Diese Taktik, Kindesentführungen als wohltätige Akte zu verkleiden, passt zur umfassenderen Erzählung des Kremls, die Russland als Retter darstellt. Das Narrativ von der Errettung dieser Kinder dient also auch innenpolitischen Zwecken, es soll Unterstützung für das generieren, was «militärische Spezialoperation» genannt wird.

\*\*\*

Vielleicht rührt die schwache Reaktion aber auch nur daher, dass die Menschen des Westens einfach das Verbrechen nicht erkennen. Und wer nicht in der Lage ist, das Verbrechen zu identifizieren, wird auch nicht darauf reagieren können. Wir haben eine ungeheure Menge von öffentlichen Erzählungen über Naziverbrechen. Dank dieser kulturellen Aufmerksamkeit können wir die Gefahren des Nationalismus erkennen – solange es nicht um Russland geht.

Weil Nazis faszinieren, können wir die Anzeichen ethnischer Verfolgung erkennen – solange der Verfolger nicht Russland heisst. Im Gegensatz dazu ist die Anzahl der Bücher, die sich mit den Verbrechen des Kommunismus, der Sowjetunion oder Russlands beschäftigen, ungleich geringer. Der Unterschied ist gewaltig. Wollten wir diesen Abstand verringern, würde das nicht Jahre dauern, sondern Generationen.

Unser moralischer Kompass richtet sich an öffentlichen Narrativen aus – an Büchern, Filmen, Fernsehserien, Nachrichten und Reportagen. An Kunst. Wenn es über ein bestimmtes Verbrechen nicht genug öffentliche Erzählungen gibt, können sich PolitikerInnen, JournalistInnen und Entscheidungsträ-

gerInnen keine klare Meinung bilden. Ihre Entscheidungen fallen schwammig, zögerlich, schwach aus. Jeder veröffentlichte Titel ist ein Beweis für die Bedeutung des Themas. Ist die Liste der Titel kürzer, wirkt auch das Thema kleiner. Weniger wichtig.

\*\*\*

Ohne ein Bewusstsein dieser Verbrechen können wir die Warnsignale nicht erkennen, und das geht auch nicht, wenn wir die historische Verbindung zwischen den gegenwärtigen Deportationen und den früheren nicht sehen. Wenn Sie nicht wissen, dass dies schon einmal geschehen ist, können Sie das Muster nicht erkennen, den Kontext nicht sehen, die Tradition nicht wahrnehmen, die solche Praktiken ermöglichen, und wenn Sie das nicht sehen, dann verstehen Sie auch nicht, dass wir nicht bloss die verschleppten Menschen aus Russland zurückholen müssen, sondern auch diese Praxis stoppen, die einen 80 Jahre alten Schutzschild zerstört.

Die Genfer Konventionen wurden geschaffen, um dafür zu sorgen, dass Kinder nicht wie Kriegsgefangene oder Agenten behandelt werden. Namentlich das vierte Genfer Abkommen IV enthält Vorschriften zum besonderen Schutz von Kindern. Wenn Putins Regierung solche internationalen Vereinbarungen zum Kinderschutz ignoriert, will der Kreml damit demonstrieren, dass Regeln und Vereinbarungen keine Rolle spielen, und wenn wir diese Verbrechen ignorieren, wird Russlands Beispiel einen Präzedenzfall schaffen, dem andere Länder nacheifern können.

\*\*\*

Wir alle haben politische Führungskräfte gehört, die Donald Trumps Worte «#Stop killing / Stoppt das Töten» nachbeten wie ein Mantra. Aber haben Sie irgendjemanden sagen hören: «Stoppt die Deportationen»? Ich nicht. Das hat niemand gesagt. Ein Friedensschluss oder ein Waffenstillstand beendet nicht irgendwie automatisch die Verschleppung von UkrainerInnen durch Russland. Die Besatzung ist eine Fortsetzung des Krieges, und auch wenn Sie glauben, eine Beendigung des «heissen» Krieges könnte das Leiden beenden: So ist es nicht – es wird dadurch nur unsichtbar für Sie. Und daher für Sie leichter zu ertragen, wenn es aus den Nachrichten verschwindet.

Selbst wenn Sie nicht in der Lage sind, das Verbrechen zu erkennen, bedeutet das nicht, dass es Sie nichts angeht, und genau das ist ein entscheidender Teil des Problems. Ihnen tun vielleicht die ukrainischen Eltern leid, die ihre Kinder verloren haben, aber Sie glauben nicht, dass es auch Ihnen passieren könnte. Aber wenn Sie glauben, das ginge Sie nichts an, dann entgeht Ihnen Russlands Motivation für den Raub ukrainischer Kinder.

Sie benutzen die ukrainischen Kinder als Bauernopfer, sie wollen damit den Widerstand der Ukraine brechen, aber sie stehlen ukrainische Kinder auch, weil sie aus ihnen neue russische Soldaten formen wollen. Sie stehlen ukrainische Kinder, um eine neue Generation von Soldaten heranzuziehen, die gegen Sie, gegen euch kämpfen, gegen eure Kinder oder eure Enkel. Sie erziehen die entführten Kinder um, erziehen sie zum Hass auf den Westen. Zum Hass auf euch.



**Wie das Putin-Regime ukrainische Kinder zu patriotischen Russen umerzieht.**

Russland hat mit der Besetzung eines Fünftels der Ukraine Hunderttausende von Kindern in seine Gewalt gebracht. Das Putin-Regime zwingt sie, die russische Kultur anzunehmen; manche werden sogar ihren Verwandten weggenommen. Der ukrainische Menschenrechtsbeauftragte schätzte vor zwei Jahren, dass 150'000 Kinder nach Russland entführt wurden. 19'546 Fälle hat die Ukraine nach eigenen Angaben näher dokumentiert. Nach einem dieser Kinder hat ein Recherche team der NZZ in Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Onlinemagazin Texty.org.ua über Monate hinweg geforscht. Die eindrückliche Reportage ist in der Wochenend-Beilage der NZZ vom 13.12.2025 erschienen.

## SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

### Einladung zur Jahresversammlung am Freitag, 5. Juni 2026, 17.15 Uhr

am Sitz des Friedensrates  
an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Zur statutarischen Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates sind nicht nur die SFR-Mitglieder und AbonnentInnen der FRIEDENSZEITUNG herzlich eingeladen, auch Nichtmitglieder sind als Gäste willkommen.

- 1 Begrüssung / Entschuldigungen
- 2 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 23. Mai 2025 in Zürich
- 3 Ergänzungen Jahresbericht 2025
- 4 Jahresrechnung 2025, Revisionsbericht und Budget 2026 inkl. Finanzausblick
- 5 Wahlen (Präsident/in, Vorstandsmitglieder, Revisoren)

- 6 Die aktuelle Arbeit des SFR
  - Kampagne gegen die SVP-Neutralitätsinitiative
  - Referendum gegen die Verschärfungen des Zivildienstes
  - Referendum gegen die Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes
- 7 Anträge und Anliegen der Mitglieder, Informationen, Stellungnahmen

# «Board of peace»: Zum Scheitern verurteilt

Im 20-Punkte-Friedensplan für Gaza ist ein «Board of Peace» vorgesehen, das unter seinem Vorsitzenden Donald Trump am 20. Februar 2026 in Washington erstmals getagt hat – die Schweiz war als Beobachterin beteiligt. Aber Trumps Pläne gehen über Gaza hinaus. Der von ihm initiierte Friedensrat soll sich, mit einem umfassenden Mandat ausgestattet, um die Konflikte in der Welt kümmern und eine neue Form des Peacekeeping organisieren.

/Herbert Wulf/

Es existiert bereits der Entwurf einer Charta für den Friedensrat, in dem Gaza nicht explizit genannt wird. Es wurden 60 Regierungen eingeladen, sich zu beteiligen – für jeweils eine Milliarde Dollar Barzahlung. In der Satzung heisst es: «Jeder Mitgliedstaat hat eine Amtszeit von höchstens drei Jahren, die vom Vorsitzenden verlängert werden kann.» Wer länger Mitglied bleiben will, muss weitere Zahlungen leisten. Vorsitzender des Gremiums ist natürlich Donald Trump.

Geht es nach dem Willen des Weissen Hauses, dann wird dieses US-dominierte Gremium eine Alternative zu den Vereinten Nationen, vielleicht sogar zum UNO-Sicherheitsrat. «Dauerhafter Frieden erfordert pragmatisches Urteilsvermögen, vernünftige Lösungen und den Mut, von Ansätzen und Institutionen abzuweichen, die allzu oft gescheitert sind», heisst es in der Charta. Dies ist eine klare Absage an die Vereinten Nationen. Es sind von Trump nominierte «Vereinte Nationen», die die Grundsätze der UNO-Charta ignorieren. Im Einladungsschreiben zur ersten Sitzung heisst es im Trump-üblichen vollmundigen Stil: «Dieses Gremium wird einzigartig sein, so etwas hat es noch nie gegeben!»

## Ignorierung der etablierten Ordnung

Es gibt zwar gute Gründe, mit den Friedensbemühungen der UNO unzufrieden zu sein. Peacekeeping ist nicht populär. Viele Länder scheuen sich, Soldaten und Polizei oder auch finanzielle Ressourcen im Auftrag der Vereinten Nationen einzusetzen. Der UNO-Sicher-

heitsrat blockiert sich wegen des Vetos der fünf Ständigen Mitglieder allzu oft selbst und kommt seinen Verpflichtungen, für Frieden zu sorgen, nicht nach. Doch kann der neue Friedensrat eine Alternative sein oder wird er gar zur Gegen-UNO? Nach den Vorstellungen des amerikanischen Präsidenten, der sich um das Völkerrecht kaum schert, würden künftig finanziell mächtige Staaten entscheiden, wo im Namen des Friedens interveniert wird. Wie so oft in Konflikten hegen mächtige Nationen die Illusion, sie könnten die Bedingungen für Friedensabkommen diktieren.

Problematisch ist das Konzept des Friedensrates, weil die mühsam nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte Friedensordnung mit der Souveränität der Völker ignoriert wird. Zwar wurde die regelbasierte Weltordnung auch früher schon verletzt, aber dieser beklagenswerte Zustand würde mit diesem Trump'schen Rat zum Normalfall. Massgebend für künftige Friedensmissionen wäre ein Gremium, das ganz auf seinen Vorsitzenden zugeschnitten ist und sich an pekuniären Vorgaben orientiert.

## Hastig erzwungener Waffenstillstand

Bislang reagieren die eingeladenen Regierungen zurückhaltend. Nur Viktor Orbán, Ungarns Regierungschef und Trump-Fan, hat die Einladung bereits angenommen. Trump meint es ernst mit der Etablierung des Friedensrates und drohte Frankreich mit Zöllen von 200 Prozent auf Champagner und Wein, weil Präsident Macron eine Mitgliedschaft im Friedensrat ablehnte. Abgesehen von dem völkerrechtlich problematischen Versuch, die UNO zu marginalisieren und die globale Friedenspolitik zu personalisieren, stellt sich die Frage, was Trump dazu qualifiziert, eine derartig zentrale Rolle in Fragen von Kriegen, Konflikten und deren Beilegung zu fordern. Hinlänglich bekannt ist, dass Trump nach seiner eigenen Einschätzung der Friedensnobelpreis zu-steht. Auch behauptet er, bereits acht Kriege beendet zu haben. Was aber hat Trump tatsächlich in Sachen Frieden geleistet? Schauen wir uns einige der Kriege und Konflikte genauer an.

Ende September 2025 legte der US-Präsident seinen Nahost-Friedensplan vor. Durch Druck auf Israel und die Hamas ist es Trump gelungen, Bewegung in die festgefahrene Lage der letzten zwei Jahre zu bringen. Doch der Plan kommt nicht recht voran, weil er von den unmittelbaren Konfliktparteien nicht gänzlich akzeptiert wird. Ein Waffenstillstand erfordert ebenso wie ein nachhaltiger Frieden die Einbeziehung der Kontrahenten des Konflikts. Der Gaza-Friedensplan ist aber weitgehend ohne den Einbezug der Palästinenser entstanden. Viele Palästinenser sehen in dem Plan eine Fortsetzung der Besatzung.

Hastig erzwungene Waffenstillstände schaffen selten dauerhafte Lösungen. Viele Fragen bleiben offen: Wird die Entwaffnung der Hamas gelingen? Ziehen sich Israels Truppen zurück? Wer übernimmt Polizei- und Sicherheitsaufgaben? Obwohl es bei der Umsetzung der ersten Phase hakt, beginnt jetzt der neue Friedensrat bereits mit der zweiten Phase. Ob der Gaza-Friedensrat in dieser vertrackten Lage mehr erreichen kann als die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahrzehnten, bleibt abzuwarten. Ob die Trump'sche Vorgehensweise zu einem gerechten und nachhaltigen Frieden führt, bleibt fraglich.\*

## Was hat Trump tatsächlich geschafft?

Die Verhandlungen über eine Beendigung des Ukraine-Krieges sind derzeit in den Hintergrund gedrängt. Sämtliche Ultimaten Trumps hat Wladimir Putin verstreichen lassen. Der 28-Punkte-Plan vom November 2025, der eher einer Kapitulationserklärung der Ukraine als einem Friedensplan glich, ist verändert worden, um ukrainische und europäische Interessen zu berücksichtigen. Von einer Beendigung des Konflikts kann keine Rede sein. Offensichtlich unvereinbare Standpunkte zwischen den Hauptkontrahenten Russland und Ukraine sowie

\* Leider hat der UNO-Sicherheitsrat am 17.11.2025 die Resolution 2803 angenommen – und damit den Board of Peace als «übergangsweise amtierende Verwaltung mit Völkerrechtspersönlichkeit» für den Gaza-Streifen «begrüss» und ihm bis Ende 2027 das Mandat für eine Gaza-Friedenstruppe und die Wiederaufbaufinanzierung erteilt. (red)

territoriale Fragen und Sicherheitsgarantien für die Ukraine stehen sich weiterhin gegenüber. Friedensverhandlungen gelingen am ehesten, so lehrt die Erfahrung der Konfliktmediation, wenn beide Seiten erkannt haben, dass ein militärischer Sieg nicht möglich ist.

Der Konflikt muss «reif» sein für Verhandlungen. Diese Grunderkenntnis hat der US-Präsident bei seinen Plänen der schnellen Beendigung des Ukraine-Krieges nicht berücksichtigt. Auch in diesem Konflikt sind die Vereinten Nationen weitgehend marginalisiert, weil der UNO-Sicherheitsrat nicht handlungsfähig ist. Auch der amerikanische Präsident hat, trotz gegenteiliger Ankündigung, bislang keinen gangbaren Weg zur Beendigung des Krieges gefunden. Ob ein speziell auf Trump zugeschnittener Friedensrat bessere Ergebnisse erzielen würde, bleibt offen.

### In Nordkorea gescheitert

Ein Musterbeispiel für überschätzte Erwartungen an eine personalisierte Friedenspolitik, wie Donald Trump sie gerne pflegt, sind seine gescheiterten Versuche der Gipfeltreffen mit Kim Jong-un, dem nordkoreanischen Diktator. Ziel verschiedener Gipfeltreffen war die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel und die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen. Die Verhandlungen scheiterten. Nordkorea ignoriert UNO-Verbote für Atom- und Raketentests und lässt sich auch nicht von Trumps Drohung einschüchtern, das Land mit «Zorn und Feuer» zu vernichten. Durch enge Beziehungen zu Russland und China hat das Regime an Einfluss gewonnen. Nordkorea betrachtet sein Atomprogramm als existenzielle Absicherung, baut es weiter aus und verhandelt nicht. Auch ein geldmächtiger Friedensrat dürfte daran wenig ändern.

Konflikte pragmatisch befrieden zu wollen, Mut für vernünftige Lösungen aufzubringen und verkrustete Institutionen abzulösen, wenn sie ihre Aufgaben nicht erfüllen, sind begrüssenswerte Anliegen. Kritik an der unzureichenden Friedenspolitik der Vereinten Nationen ist berechtigt. Doch warum sind den Vereinten Nationen oftmals die Hände gebunden? Finanzielle Engpässe und Bürokratie sind nicht die Hauptgründe. Ursache für die Lähmung der Organisation sind vor allem die globalen Gegensätze, die sich in vielen Konflikten widerspiegeln, sowie die Konkurrenz der Grossmächte, die sich im Sicherheitsrat blockieren.

### Strukturell zum Scheitern verurteilt

Diese Gegensätze werden durch die Schaffung eines neuen, US-geführten Friedensrates nicht beseitigt. Im Gegenteil, ein Friedensrat mit dem amerikanischen Präsidenten an der Spitze, ist in der Friedenspolitik strukturell zum Scheitern verurteilt, weil dieser Rat nicht als unparteiisch angesehen wird. Neutrale und unparteiische Dritte, die dem Völkerrecht verpflichtet sind, können jedoch als Moderator in Konflikten vertrauensbildend wirken. Trump ist und will nicht unparteiisch sein; er bestimmt, wo es langgeht.

Die bisherige Bilanz des amerikanischen Präsidenten in seinem Bemühen um Frieden in der Welt ist wenig überzeugend. Seine unverhohlene Missachtung des Völkerrechts, wie jüngst in Venezuela und Grönland, ist nicht nur besorgniserregend. Er ist damit disqualifiziert, einem Gremium vorzustehen, das

laut seiner Satzung «zur Förderung der Stabilität, zur Wiederherstellung einer verlässlichen und rechtmässigen Regierungsführung und zur Sicherung eines dauerhaften Friedens in von Konflikten betroffenen oder bedrohten Gebieten» beitragen und Friedensmassnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht durchführen soll. Donald Trumps erratisches Vorgehen – begleitet von Machtdemonstrationen, Drohungen, Erpressungen – und seine Militäraktionen wie im Iran, gegen die Huthis im Jemen oder in der Karibik bieten keine gute Grundlage für dauerhafte Friedensabschlüsse. Vielmehr stellt seine Spektakelpolitik die gesamte internationale Ordnung infrage. Der von ihm geleitete Friedensrat kann keine Alternative zu den Vereinten Nationen sein.

**Herbert Wulf** ist ehem. Leiter des Bonn International Center for Conflict Studies (BICC). Aus: IPG Journal 22.1.2026. Untertitel durch die Redaktion.



# Die Welt ist gefährlicher ge

Am 12. Dezember 2025 hat Bundesrat Martin Pfister die lang erwartete neue sicherheitspolitische Strategie 2026 «Für eine umfassende Sicherheit» vorgestellt, die zwar auf früheren Sicherheitsberichten basiert, aber die seit dem Krieg gegen die Ukraine stark veränderte sicherheitspolitische Lage aufnimmt und Konsequenzen für die Landesverteidigung formuliert, ohne auf die berüchtigten Gesamtverteidigungsstrategien im Kalten Krieg zurückzugreifen. Die sicherheitspolitische Strategie ist auf die Zusammenarbeit mit Europa ausgerichtet, die für ein kleines Land zentrale Einbindung in die internationale kollektive Sicherheit und das Eintreten fürs Völkerrecht sind im Gegensatz zum letzten Bericht vernachlässigt. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf den Bericht und geben, wo nichts anderes vermerkt, dessen Aussagen wieder.

/Peter Weishaupt/

Sicherheitspolitische Berichte des Bundes als strategische Grundlagentexte gibt es seit dreissig Jahren. Sie wurden jeweils von den Räten zur Kenntnis genommen, hätten jedoch auch zurückgewiesen werden können. Der letzte datiert vom 21. November 2021 und erhielt aufgrund der veränderten Lage durch den Krieg gegen die Ukraine im September 2022 einen Zusatzbericht. Markus Mäder, der das Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (Sepos) seit dessen Gründung Anfang 2024 leitet, grenzt die neue Sicherheitsstrategie, die von seinem Amt erarbeitet wurde und vom Ansatz einer «umfassenden Sicherheit», die weit über eine rein militärische Verteidigung hinausgeht, von den bisherigen Sicherheitsberichten ab. Die Strategie enthält drei Stossrichtungen, zehn Ziele und 45 Massnahmen, deren Umsetzung das Sepos koordinieren will, weshalb bis Ende März dieses Jahres eine Vernehmlassung an alle Interessierten erfolgt. Die Strategie wird danach vom Bundesrat verabschiedet und geht in die parlamentarische Beratung.

## **Machtpolitik immer prägender, Völkerrecht immer angefochtener**

Einleitend stellt der Vernehmlassungsentwurf fest, dass die Welt gefährlicher geworden sei. «Über Jahrzehnte blieb die Schweiz von grösseren machtpolitischen Konflikten verschont und hat von einem weitgehend stabilen Umfeld profitiert. Das hat sich verändert. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine markiert eine sicherheitspolitische Zäsur, deren Auswirkungen auch die Schweiz direkt spürt. Die Sicherheit der Schweiz ist so stark und vielfältig bedroht wie seit Jahrzehnten nicht mehr.» Die Gründe sind mannigfaltig.

– **Erhöhte Abhängigkeiten werden für machtpolitische Ziele eingesetzt.** Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, so der Bericht, werde mit einer Intensität geführt, wie es Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt habe. Er zeige, wie sich bewaffnete Konflikte entwickeln können. Zudem nehme die hybride Konfliktführung zu, etwa mittels Desinformation, Cyberangriffen und Sabotageakten. Dabei erhöhten die Vernetzung der Wirtschaft und die kritischen Infrastrukturen sowie die technologische Entwicklung Abhängigkeiten. Die Bereitschaft sei gestiegen, solche Abhängigkeiten für machtpolitische Ziele einzusetzen. Zivile und militärische Mittel seien also eng verschränkt, ebenso die innere und äussere Sicherheit. Die geografische Distanz zu Krisen und Konflikten verlören an Bedeutung.

– **Immer mehr Staaten drohen mit Gewalt.** Internationale Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich, seien stärker von Machtpolitik geprägt. Völkerrecht werde infrage gestellt oder gar gebrochen. Immer mehr Staaten drohten mit Gewalt oder wendeten diese an, um ihre Interessen und Ambitionen zu verfolgen. Grossmächte sprächen öffentlich darüber, militärische Mittel zur Eroberung von Territorien einzusetzen, oder drohten mit dem Einsatz von Nuklearwaffen. Einige autokratische Staaten arbeiteten politisch, wirtschaftlich und

militärisch zunehmend enger zusammen.

## **– Das Risiko einer Konfrontation zwischen Russland und der Nato steigt.**

Ein umfassender, bewaffneter und direkter Angriff auf die Schweiz sei zwar in absehbarer Zeit – auch dank der Verteidigungs- und Sicherheitsanstrengungen der Nato und Europas – unwahrscheinlich. Doch habe sich das Risiko einer kriegerischen Auseinandersetzung im näheren europäischen Umfeld mit direkten Auswirkungen auch auf die Schweiz erheblich erhöht. Denn mit Russlands Anspruch auf eine Einfluss-sphäre in Osteuropa und der Unsicherheit über die Sicherheitsgarantien der USA sei die Wahrscheinlichkeit einer Konfrontation zwischen Russland und der Nato gestiegen.

## **Verzicht auf die fragwürdige «Gesamtverteidigung»**

Staatssekretär Markus Mäder zur Frage, wieso von Gesamtverteidigung in der sicherheitspolitischen Strategie 2026 nicht die Rede ist:

«Die Gesamtverteidigung war ein schlüssiges Konzept für ihre Zeit. Sie hatte jedoch eine eindimensionale und stark nach innen gerichtete Logik: Man hat vorbereitet, was dann im Kriegsfall der militärischen Führung unterstellt worden wäre. Wir haben Elemente dieses Ansatzes übernommen und weiterentwickelt. Heute ist jedoch davon auszugehen, dass die Schweiz bereits vor einem offenen bewaffneten Konflikt mit verdeckten Angriffen konfrontiert wäre, lange bevor ein Oberbefehlshaber gewählt würde. Wir hatten intensive Diskussionen und kamen dann zu dem Schluss, dass der Begriff historisch besetzt ist. Wir schreiben deshalb vom Konzept der «umfassenden Sicherheit», wie es etwa auch Finnland hat.»

# eworden

– **Demokratien geraten auch von innen unter Druck.** Polarisierung und Gewaltbereitschaft seien gestiegen, Terrorismus und gewalttätiger Extremismus blieben anhaltende Bedrohungen. Aktivitäten der organisierten Kriminalität hätten beträchtlich zugenommen. Die Folgen des Klimawandels würden sichtbarer, etwa in Form von Naturkatastrophen, ebenso technik- und gesellschaftsbedingte Risiken wie etwa die Covid-19-Pandemie.

## Die neuen Formen der Konfrontation

Ausführlich werden in der Folge die Bedrohungen und Risiken des Umfelds der Schweiz analysiert. An erster Stelle stehen die Schwächung der internationalen Ordnung durch Russland als Bedrohung für die Sicherheit Europas, Chinas wachsende Einflussnahme, die Ausrichtung der USA auf den Pazifik, die Krise des bisherigen multilateralen Systems. «Weil Grossmächte das Völkerrecht vermehrt missachten, verlieren etablierte internationale Institutionen an Durchsetzungskraft. Die Mechanismen zur friedlichen Streitbeilegung greifen kaum noch, wie die gewaltsamen Konflikte und die nachhaltige Veränderung der Ordnung im Nahen Osten verdeutlichen.»

Zweitens werden die neuen Formen und Mittel der Konfrontation aufgelistet:

– **Die Instrumentalisierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten:** Krisen können die Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen weltweit stören oder gar unterbrechen. «Grossmächte nutzen solche Abhängigkeiten als Druckmittel für ihre politischen, wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Ziele. Sie setzen vermehrt unilaterale Exportkontrollen, Sanktionen, Zölle oder Subventionen ein, um Rivalen von wichtigen Gütern und Technologien auszuschliessen, den Handel einzuschränken oder die eigene Innovation und Produktion zu stärken.»

– **Hybride Konfliktführung:** Diese umfasst das ganze Spektrum der Druck-

ausübung und kann bis zur Androhung und Anwendung militärischer Gewalt gehen. Zu ihren Mitteln zählen Cyberangriffe, Beeinflussungsaktivitäten (Desinformation), Spionage, Sabotage, wirtschaftlicher Druck und Erpressung, die Instrumentalisierung von Migrationsbewegungen und von kriminellen Gruppen und verdeckte militärische Operationen. Offene hybride Angriffe finden auf tiefer Eskalationsstufe statt und damit bewusst in einer völkerrechtlichen Grauzone zwischen Frieden und Krieg. Diese Uneindeutigkeit erschwere es dem angegriffenen Staat, die Schwelle einer existenzgefährdenden Destabilisierung zu erkennen und darauf lage- und zeitgerecht zu reagieren. Der koordinierte Einsatz dieser Mittel fordert auch resiliente Systeme und gefestigte Demokratien heraus, auch gegen die Schweiz würden solche Aktivitäten eingesetzt.

– **Neue Technologien:** Gerade in der Ukraine zeigt sich ein breites Spektrum der Kriegsführung. Wie frühere Kriege ist auch dieser ein Katalysator für die militärische Anwendung neuer Technologien, ihre Integration in bestehende Waffensysteme und ihre stetige Adaption. Diese Technologieentwicklung, insbesondere bei der Künstlichen Intelligenz, Biotechnologie, Quantentechnologie und Quantensensorik, wird nicht nur Gesellschaften, sondern auch Bedrohungen und Kriege weiter verändern. Da in diesem technologischen Wettbewerb Staaten verstärkt die Zusammenarbeit mit grossen Technologiekonzernen suchen, von denen die meisten in den USA oder China angesiedelt sind, nimmt deren Einfluss auf wirtschaftliche und militärische Stärke eines Landes und auf die Kriegsführung zu. Diese Entwicklungen gefährden die strategische Stabilität, auch weil die Anwendung völkerrechtlicher Normen beim Einsatz dieser Technologien, etwa im Cyber- oder im Weltraum, teilweise nicht geklärt ist oder die Regierungen verhindern, dass sich Normen etablieren.

– **Bedrohung der inneren Sicherheit:** Der Bericht listet im Weiteren die Bedrohung der inneren Sicherheit auf und fasst sie in folgenden Stichworten zusammen: Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft, Terrorismus und Extremismus, Kriminalität und neue Technologien. Unter «transnationale Risiken» finden wir den Klimawandel, die Gesundheit und die Migration. Weshalb letztere als

Sicherheitsproblem aufgelistet wird, erschliesst sich nicht.

## Verwundbarkeit der Demokratie

Drittens werden die Schweizer Merkmale und Verwundbarkeiten angesprochen, so der Föderalismus und die direkte Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht, zu dem eher beiläufig angemerkt wird, dass sich die Schweiz ihre sicherheitspolitischen Interessen am besten in einer Welt wahren könne, in der Macht durch Recht begrenzt wird.

Die Ausführungen zur schweizerischen Neutralitätspraxis sind besonders interessant. So wird etwa angemerkt, dass die für die Anwendung der Neutralität entscheidende Frage, wann ein Land angegriffen ist, mit der hybriden Konfliktführung schwieriger geworden ist. Auch international breit abgestützte Sanktionen mitzutragen sei neutralitätsrechtlich möglich und liege im Interesse der Schweiz.

Im Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die bewaffnete Neutralität besondere militärische Kapazitäten und Ressourcen erfordert, damit der neutrale Staat seine Neutralität auch glaubwürdig durchsetzen könne. «Dieses besondere Bedürfnis wird verschärft, weil die neutralen Staaten sich nicht auf eine für ein Militärbündnis typische Lastenteilung stützen können. Die bewaffnete Neutralität erfordert daher umso mehr Investitionen in die eigene Verteidigung.» Mit anderen Worten: Mitglied eines Verteidigungsbündnisses zu sein, käme erheblich günstiger zu stehen.

## Fragen zur Neutralität

Der Bericht weist in klaren Worten darauf hin, dass verschiedene europäische Staaten heute fragen, ob die Neutralität der Schweiz auch der Stabilität in Europa diene. Bekanntlich – und darauf weist auch der Bericht hin – hat die Ablehnung von Anfragen für die Wiederausfuhr von Kriegsmaterial an die Ukraine zu Kritik seitens sicherheitspolitischer Partnerstaaten geführt. Eine erste konkrete Folge sei der Ausschluss der Schweizer Rüstungsindustrie bei vielen Ausschreibungen und aus Lieferketten von ausländischen Herstellern. Dies schwäche die Exportfähigkeit der Schweiz und beschränke deren Zugang zu europäischen Rüstungsgütern und -technologien – und dies in einer Pha-

Fortsetzung Seite 16

se, in der die rüstungspolitische Zusammenarbeit in der EU forciert wird.

Die Schwächung der Rüstungsindustrie, so der Bericht, sei auch der Verteidigungsfähigkeit abträglich, ausserdem treffe derzeit die hohe Nachfrage auf den Rüstungsmärkten allgemein auf ein begrenztes Angebot, was Beschaffungen verzögere und verteuere. «Ganz grundsätzlich steigt der Druck auf die Schweiz, sich bei bestimmten Wirtschaftssektoren, Gütern und Technologien gegenüber Grossmächten und Wirtschaftsblöcken politisch zu positionieren, um den Zugang zu Forschung, Technologien, Märkten und Lieferketten zu wahren. Und es wird erwartet, dass die Schweiz zur Wirkung von Sanktionsregimes beiträgt und deren Umgehung bekämpft – auch über den Krieg in der Ukraine hinaus.»

### Angriffsfläche für kritische Infrastrukturen

Unter dem Punkt Geografie analysiert die Sicherheitsstrategie die Schweiz als Knotenpunkt in Europa und Teil der europäischen Sicherheit: «Die Schweiz verfügt über zahlreiche Infrastrukturen, die für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur in der Schweiz, sondern auch bei den Nachbarn, anderen Ländern und internationalen Akteuren essenziell sind. Die Schweiz spielt eine wichtige Rolle beim Austausch von Strom und Gas zwischen den EU-Ländern, als Knotenpunkt für den Schienen-, Strassen- und Luftverkehr, als eines der global führenden Finanzzentren und als Transitland für internationale Datenverbindungen.

So bietet sie auch eine bedeutende Angriffsfläche. Störungen oder Ausfälle in diesen Infrastrukturen können ganz Europa betreffen. Die Kombination oder eine Verkettung von Ereignissen können zu Versorgungsengpässen und Mangellagen in der Schweiz und ihren Nachbarländern führen. Kritische Infrastrukturen können mit Cybermitteln, Sabotageaktionen oder im Extremfall auch mit Waffen grosser Reichweite angegriffen werden, mit der Absicht, nicht nur die Schweiz, sondern auch andere Staaten, Bündnisse oder Institutionen zu treffen.»

### Beitrag zur Sicherheit Europas

Deshalb wird zu Recht formuliert, dass die Sicherheit der Schweiz mit der Sta-

bilität ihrer Nachbarn verknüpft ist und von deren sicherheitspolitischem Engagement profitiert: «Sich dabei einzubringen, liegt damit im Interesse der Schweiz. Die neuen Sicherheitskooperationsformate bieten der Schweiz neue Möglichkeiten. Mit wirksamen Beiträgen an die Sicherheit Europas kann sie Solidarität zeigen, was ihr in sicherheits- und aussenpolitischen Krisen zugutekommen kann. Durch die internationale sicherheitspolitische Kooperation mit europäischen Staaten und Organisationen stärkt sie auch ihre eigene Verteidigungsfähigkeit. Als Nichtmitglied der EU oder des Europäischen Wirtschaftsraums stehen ihr indes nicht alle Formate offen.»

### Stossrichtungen und Ziele

Viertens werden die drei Stossrichtungen formuliert und die jeweiligen Ziele definiert:

1) **Resilienz stärken:** Erstens müssen Verwundbarkeiten und kritische Abhängigkeiten so weit möglich reduziert werden, damit die Schweiz weniger Angriffsflächen bietet und Schäden minimiert sind. Damit soll auch die Wahrscheinlichkeit verringert werden, dass Bedrohungen und Gefahren überhaupt eintreffen. Für die Umsetzung dieser Stossrichtung sind sechs Ziele und 18 Massnahmen formuliert. Unter Ziel 1 heisst es da etwa: «Bevölkerung und Institutionen sind sich der verschärften Sicherheitslage bewusst. Beeinflussung und Desinformation werden erkannt und sind wirkungslos. Die Bereitschaft, die Schweiz mit allen verfügbaren Mitteln zu schützen und zu verteidigen, ist bei allen relevanten Akteuren und der Bevölkerung hoch.» Auch wenn die Stossrichtung dieser Aussage nicht falsch ist, erinnert sie doch allzu sehr nach geistiger Landesverteidigung, wie wir sie aus dem Zweiten Weltkrieg kennen. Der Bericht verpasst die Chance, hier vor allem zu konkretisieren, wie diese schwammigen Ziele zu erreichen sind.

In Ziel 6 werden wirksame Beiträge zu Stabilität und Rechtsstaatlichkeit formuliert, die eine klare Ausrichtung haben: «Die Schweiz fördert die europäische Sicherheit durch verstärkte Zusammenarbeit mit der EU, der Nato und bilateralen Partnern. Auch in anderen Regionen der Welt trägt sie zu Sicherheit und Stabilität bei. Sie setzt sich für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung sowie für die Handlungs-

fähigkeit multilateraler Institutionen ein. Sie fördert das Völkerrecht, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht.»

### 2) Schutz und Abwehr verbessern:

Zweitens müssen der Schutz der Bevölkerung vor Risiken sowie die innere Sicherheit verbessert werden. Die Schweiz muss mögliche und tatsächliche Angriffe besser abwehren und sich vor deren Auswirkungen besser schützen können. Für die Umsetzung dieser Stossrichtung sind zwei Ziele und 15 Massnahmen formuliert.

Im Ziel 8 ist vor allem der Bevölkerungsschutz ausgeführt: «Das Verbundsystem Bevölkerungsschutz – bestehend aus Zivilschutz, Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen und technischen Betrieben – ist in der Lage, technik-, gesellschafts- und naturbedingten Gefahren sowie Gesundheitsrisiken vorzubeugen und diese zu bewältigen. Dies umfasst auch Auswirkungen des Klimawandels. Es ist auf die hybride Konfliktführung und bewaffnete Konflikte vorbereitet und baut die dafür nötigen Fähigkeiten auf und aus. Der Zivilschutz ist ausreichend personell alimentiert und ausgerüstet.»

### 3) Verteidigungsfähigkeit erhöhen:

Drittens soll sich die Schweiz so gut wie möglich eigenständig gegen einen bewaffneten Angriff verteidigen können. Für den Fall eines bewaffneten Angriffs soll die Verteidigung in Kooperation möglich und vorbereitet sein. Für die Umsetzung dieser Stossrichtung sind zwei Ziele und zwölf Massnahmen formuliert.

– «Für die Verteidigung in Kooperation ist die **Interoperabilität** – die Zusammenarbeitsfähigkeit – **eine zentrale Voraussetzung**, die erarbeitet und entwickelt werden muss. Sie wird über die Streitkräfteentwicklung, über Standards in Ausbildung, Material, Systemen und Prozessen sowie durch Zusammenarbeit in Übungen und Einsätzen erlangt. Interoperabilität ist besonders wichtig in der Führung, beim Austausch nachrichtendienstlicher Informationen, bei gemeinsamen Aktionen im selben Einsatzraum, z.B. beim Schutz des Luftraums und bei Sonderoperationen, in der Cyberabwehr und in der Logistik.

Die militärischen Standards in Europa werden überwiegend von der Nato definiert. Die Schweizer Armee erweitert seit Jahren ihre Interoperabilität

und hat in verschiedenen Bereichen einen soliden Grad an Zusammenarbeitsfähigkeit erreicht, insbesondere in der Luftwaffe, bei den Spezialkräften und beim Kommando Cyber. Auch die übrigen Teile der Armee müssen ihre Interoperabilität weiter verbessern.»

– **Ausbau der militärischen Friedensförderung.** «Mit Einsätzen zur militärischen Friedensförderung leistet die Schweiz Beiträge zur internationalen Stabilität und Sicherheit. Die Armee gewinnt dabei Einsatzerfahrung. Die Prävention und Bewältigung von Konflikten im internationalen Umfeld tragen auch zur Sicherheit der Schweiz bei. Die Beteiligung der Schweiz an der KFOR in Kosovo ist international geschätzt und entlastet Partnerstaaten. Ob die Schweiz sich an weiteren Missionen beteiligen soll, wird fortlaufend geprüft. Der Bund prüft zudem, ob für künftige Friedenseinsätze ein Mandat der EU ausreichend sein soll. Mit dem Framework Partnership Agreement, das die Schweiz mit der EU verhandelt, will die Schweiz die Modalitäten für künftige Beteiligungen an militärischen Missionen der EU regeln und damit die Zusammenarbeit erleichtern.»

Anzumerken ist hier, dass man auch weitere Kooperationsformen für Friedenseinsätze prüfen könnte, beispielsweise

– **Erbringung von Beiträgen an die europäische Krisenbewältigung.** «Die Schweiz will ihre Beiträge zur Bewältigung von Krisen ausbauen und prüft neue Möglichkeiten für internationale Beiträge, z.B. eine Zusammenarbeit mit Krisenbewältigungs-Mechanismen der EU und der Nato. Sie kann hochwertige und begehrte zivile wie militärische Fähigkeiten einbringen, etwa im Genie- und Rettungsbereich, CBRN-Schutz (chemisch, biologisch, radiologisch und nuklear), im Cyberbereich, in der Sanität, Logistik oder Aufklärung.»

– **Erbringung von Beiträgen an die Entwicklungszusammenarbeit, die Erhaltung des Völkerrechts und der Welthandelsordnung.** «Armut, Ungleichheiten, Klimawandel und Ressourcenknappheit begünstigen Konflikte und Instabilität. Die Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensförderung sind deshalb integrale

Bestandteile der sicherheitspolitischen Prävention der Schweiz.\* Die Schweiz verstärkt ihre Beiträge bei Reformprozessen von Sicherheitsinstrumenten sowie bei Abrüstungs- und Reintegrationsprozessen nach Bürgerkriegen. Die Schweiz unterstützt auch die drei Genfer Zentren zur sicherheitspolitischen Ausbildung, humanitären Minenräumung und zur demokratischen Aufsicht und Steuerung des Sicherheitssektors.

Die Schweiz fördert das humanitäre Völkerrecht. Sie unterstützt die neutralen, unabhängigen und unparteiischen Organisationen, die sich dafür einsetzen, namentlich das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Die Schweiz setzt alle Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats um und schliesst sich, wenn immer sinnvoll, den Sanktionen ihrer wichtigsten Handels- und Wertepartner an. In multilateralen Institutionen setzt sich die Schweiz für die Einhaltung des Völkerrechts, Rüstungskontrolle, eine regelbasierte internationale Ordnung und den Welthandel ein. Sie nutzt «Asset Recovery», um illegal erworbene Vermögenswerte von ausländischen politisch exponierten Personen zu sperren, einzuziehen und in den rechtmässigen Wirtschaftskreislauf zurückzuführen.»

– **Sicherstellung der personellen Alimentierung von Armee und Zivilschutz.** «Der Bund arbeitet an einer Revision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz sowie des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst. Ziel ist eine bessere personelle Alimentierung, die beim Zivilschutz bereits heute nicht mehr gegeben ist; die Armee wird ab Ende der 2020er-Jahre nicht mehr ausreichend personell alimentiert sein. Wenn diese zwei Gesetzesrevisionen keine nachhaltige Verbesserung bringen, wird der Bundesrat eine Anpassung des Dienstpflichtsystems erneut prüfen. Er arbeitet eine Vorlage zur Zusammenführung des Zivilschutzes und des Zivildienstes und in einer neuen Organisation, dem Katastrophenschutz, im Sinne einer Sicherheitsdienstpflicht aus.»

\* Steht diametral im Gegensatz zu den laufenden Kürzungen der internationalen Zusammenarbeit durch das Parlament.

## Kommentar

### In Zeiten der reinen Machtpolitik

*Wir haben hier die wichtigsten Erkenntnisse des sicherheitspolitischen Berichtes 2026 relativ ausführlich zitiert. Einerseits, weil sie alles in allem bemerkenswert schlüssig und nachvollziehbar formuliert wurden. Andererseits, weil sie die Beschädigung der kollektiven Sicherheitsbemühungen des Völkerrechts und der Vereinten Nationen analysieren und sich auf die veränderte Lage – infolge des Krieges Russlands gegen die Ukraine und damit der Zerstörung der europäischen Nachkriegsordnung und der Machtpolitik der Vereinigten Staaten und deren Abkehr von internationalen Völker- und menschenrechtsinstitutionen wie der Uno – einstellen.*

*Deutlich wird dies vor allem in der Ausrichtung auf Europa («der Bund strebt eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit der EU an»), die sich durch den ganzen Bericht zieht. Mitten in Europa gelegen, wird nach über 80 Jahren seit Ende des Zweiten Weltkrieges endlich realisiert, dass gegen die imperiale militärische wie wirtschaftliche Machtpolitik der Grossmächte der Insel der Seligen keine unbekümmerte Autonomie mehr hilft. Bezüglich der Neutralitätspolitik weist der Bericht ebenfalls, wenn auch verhaltener, auf deren je länger je schwierigere Position hin.*

*Am Sicherheitsbericht gäbe es einiges kritisch zu hinterfragen. Dies gilt vor allem für die Ausführungen zu den nicht weniger als 45 «Massnahmen», die in den drei «Stossrichtungen» und zehn «Zielen» aufgeführt sind. So etwa an der Nummer 33 «Sicherstellung der personellen Alimentierung von Armee und Zivilschutz» zur Einführung einer «Sicherheitsdienstpflicht». Die meisten Massnahmen listen allerdings nur bereits «laufende Arbeiten» auf. Zu diesen gehörten auch die geplante massive Aufrüstung der Armee mit dem Aufbau weitreichender Fähigkeiten. Diese werden der Luftwaffe, der Bodentruppen und der Spezialkräfte auch «offensive Aktionen ermöglichen, um eine Schädigung der eigenen Bevölkerung möglichst zu verringern». Viel zu kurz kommt zudem die Stärkung der kollektiven Sicherheit der Uno, die für ein kleines Land, gerade weil sie infrage gestellt ist, zentral ist. Hier wäre – zusammen mit mittleren, kleineren und neutralen Ländern – eine Hauptaufgabe «umfassender Sicherheitspolitik».*

Peter Weishaupt

# Die Folgen der Zeitenwende

**Der Fall der Berliner Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 beendete die jahrzehntelange nachkriegszeitliche Blockkonfrontation zwischen Ost und West, zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Er bedeutete ebenfalls das Ende des Kalten Krieges, der dank der gegenseitigen atomaren Abschreckung nie in einen Dritten Weltkrieg ausgeartet war.**

/Peter Weishaupt/

Europa blieb bis im November 1989 weitgehend von kriegerischen Auseinandersetzungen verschont, was jedoch für andere Regionen nicht galt. So gab es den Koreakrieg (1950–1953), die Entkolonisierungskriege (etwa den Niederländisch-Indonesischen Krieg 1947/48, den Indochinakrieg 1946–1954, die Unabhängigkeitskriege in Angola und Mosambik gegen Portugal 1961–1974, den 1954 beginnenden und bis 1962 dauernden Algerienkrieg). Dazu gehörten ebenfalls der Vietnamkrieg (1955–1975), der Krieg der Sowjets in Afghanistan (1979–1989), die verschiedenen Kriege im Nahen Osten sowie viele weitere regionale Konflikte. Doch etablierte sich nach der Totalkatastrophe des Zweiten Weltkrieges in Europa eine fast 80 Jahre andauernde Friedensordnung. Gleichzeitig entwickelten sich mit der UNO-Charta (die Gründungsurkunde der Ver-

einten Nationen, datiert vom 24.10.1945) und der Menschenrechtscharta vom 10.12.1948 zwei internationale Pfeiler des Völkerrechts, die Lehren aus den deutschen wie japanischen imperialistischen und rassistischen Katastrophen der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts für die ganze Welt implementierten.

## **Kein Sieg des Westens, sondern sowjetischer Zusammenbruch**

Diese Zeit endete am 24. Februar 2022 mit dem russischen Angriff auf die souveräne Ukraine, der gegen sämtliches Völkerrecht verstieß und zu einem nun vier Jahre dauernden Stellungskrieg mitten in Europa mutierte. Ein Ende ist nicht abzusehen. Dabei hatte nach dem Fall der Mauer grosse Hoffnung bestanden, dass es gelingen würde, reine Machtpolitik, insbesondere der atomaren Grossmächte, einzuzäumen. Das Ende des Kalten Krieges war durch die Implosion der Sowjetunion erfolgt, durch den Zusammenbruch des Systems, nicht durch eine militärische Auseinandersetzung mit nachfolgender Niederlage, weshalb es auch kein Sieg des Westens über den Osten, keine Sieger und Besiegten gab. Der Zusammenbruch war systemimmanent.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau der Vertrag über die abschliessende Regelung in Bezug auf Deutschland, der sogenannte Zwei-plus-vier-

Vertrag, zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges (USA, Grossbritannien, Frankreich und der Sowjetunion) geschlossen, der die Grenzen Deutschlands entlang der Aussengrenzen der Bundesrepublik und der DDR endgültig fixierte (also den definitiven Verlust der Gebiete östlich von Oder und Neisse für Deutschland festhielt) und dem wiedervereinigten Land die volle staatliche Souveränität brachte. Gleichzeitig verpflichtete er Deutschland, auf atomare, biologische und chemische Waffen zu verzichten und die Gesamtstärke seiner Streitkräfte auf 370'000 Soldaten zu begrenzen.

## **Putin: Grösste Katastrophe des 20. Jahrhunderts**

Wenig später, am 21. November 1990, beschlossen die KSZE-Länder die Charta von Paris für ein neues Europa, die den Kalten Krieg formell beenden und die neue historische Ära einläuten wollte mit dem «unerschütterlichen Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder». Michail Gorbatschows Vision über ein gemeinsames Haus Europa schien Gestalt angenommen zu haben.

Die Auflösung der Sowjetunion 1991 beendete diese kurze Phase der Hoffnung rasch. Unter Wladimir Putins Führung, der 2005 ebendiese Auflösung als die «grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts» bezeichnete und eine neoimperiale Politik mit der Beschwörung einer «russischen Welt» einleitete, die bald nach seinem Machtantritt 1999 begann, wurde diese Vision nachhaltig zerstört. Seine revisionistische Politik kulminierte in der Unterstützung der russischen Separatisten im ukrainischen Donbas, in der Annexion der Krim 2014 und dann im Grossangriff vom 24. Februar 2022 auf die ganze Ukraine. Der Krieg gegen die europäische Ukraine dauert demnächst länger als der Erste Weltkrieg. Weder ist ein Waffenstillstand absehbar noch zeichnet sich auf Jahre hinaus eine «Friedenslösung» irgendeiner Art zwi-





US-Präsident Reagan (rechts) und der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow (links) unterzeichnen den INF-Vertrag im Weissen Haus am 8. Dezember 1987.

schen den früheren «Brudervölkern» ab (die sie nie waren).

### **Die Folgen der europäischen sicherheitspolitischen Zeitenwende**

Moskaus «militärische Spezialoperation» führte allerdings, wie nicht selten beim Auslösen von Kriegen, zum Gegenteil des Beabsichtigten. Die Ukraine hielt mit nachhaltiger westlicher Unterstützung stand, ihr Widerstand schweisste die Nation zusammen. Insbesondere jedoch führte der russische Vorstoss gen Westen zu einer bemerkenswerten europäischen Geschlossenheit und Stärkung der Nato (u.a. mit dem Beitritt der neutralen Länder Schweden und Finnland). Die immensen Kollateralschäden, die der Krieg gegen die Ukraine auslöste, waren bald auch in der Schweiz nicht zu übersehen.

Vor 36 Jahren führte das Ende der Blockkonfrontation zu einer sicherheitspolitischen Entspannung mit einer «Friedensdividende» geführt, die Gesamtverteidigungsideologie verflüchtigte sich auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, die Armeebestände und die Verteidigungsausgaben wurden nach und nach markant reduziert, hatte eine radikale Armeeabschaffungsinitiative gar etlichen Zuspruch erfahren, – all das fand nach dem Kriegsbeginn ein abruptes Ende. Seither dominiert auch in der Schweiz

eine sicherheitspolitische Zeitenwende, wird ein «Aufwuchs» der Armee postuliert, soll sich die rüstungspolitische Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten verstärken.

Zwar bewegen sich die Pläne von Armee und Politik hierzulande nicht in Richtung einer schematischen Erhöhung der Militärausgaben wie jene der europäischen Nato-Staaten, die bis fünf Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachen sollen, doch werden die Rüstungsausgaben in den nächsten Jahrzehnten wieder deutlich wachsen, ob jetzt mit oder ohne Aufweichung der Schuldenbremse.

Diese Entwicklung wird nur schwer begrenzt werden können, bestenfalls durch Widerstand gegen fragwürdige Rüstungsprojekte einzelner Waffengattungen wie hochgezüchtete Kampfflugzeuge oder Panzerverbände, die in der modernen Kriegsführung kaum mehr entscheidende Bedeutung haben, wie der Ukraine-Krieg deutlich zeigt, vielmehr mit ihren immensen Kosten die Beschaffung effizienterer Abwehrwaffen wie Raketen- und Drohnen konkurrenzieren. Doch eine wirkliche Begrenzung der Aufrüstungsbestrebungen wird nur durch eine europäische und internationale Entspannung möglich werden, für die ein friedenspolitisches Engagement

zur Stärkung des Völkerrechts und zu Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsvereinbarungen vordringlich sein wird.

### **Gerechter Friede Voraussetzung für neue Entspannungspolitik**

Voraussetzung einer Begrenzung der «Kriegsdividende» bzw. der Aufrüstung der europäischen Länder inklusive der Schweiz ist in erster Linie eine gerechte Lösung des Krieges um die Ukraine, sprich einen Rückzug der russischen Truppen, eine Sicherheitsgarantie für die Ukraine und ihre Aufnahme in die Europäische Union. Ohne sie wird es eine jahrzehntelange Spannungssituation mitten in Europa geben, was zur Folge hat, dass die dadurch ausgelöste Rüstungsdynamik kaum kontrollierbar oder begrenzt sein wird.

Nach einer solchen halbwegs gerechten Lösung, die weit über einen Waffenstillstand hinausgehen und nachhaltig sein muss, bestehen Aussichten, dass Russland nicht mehr gegen Westen vordringt und eine neue Entspannungspolitik (die nicht viel mit der historischen des Kalten Krieges zu tun hat) Früchte tragen könnte. Dazu würden Nichtangriffsverträge, Begrenzung offensiver Waffensysteme, vertrauensbildende Massnahmen

Fortsetzung Seite 20

bis Rüstungsbegrenzungs- und gar Abrüstungsverträge nötig sein.

Solche Rüstungsvereinbarungen können zwischen den europäischen Ländern und Russland bilateral erfolgen, noch besser aber, wenn sie im Rahmen völkerrechtsverbindlicher Abkommen, das heisst, unter dem UNO-Dach erfolgen. Deshalb wird es zentral sein, sich für das Völkerrecht einzusetzen, eine wirkliche Entspannungspolitik mit Russland anzustreben, die erfordert, dass Russland seine imperialistische Politik aufgibt und das Land zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gedrängt wird.

### **Rüstungsdynamik nicht unumkehrbar**

Die durch Russlands Krieg gegen die Ukraine ausgelöste europäische Aufrüstungsdynamik (weltweit ist sie schon lange im Gange, insbesondere durch diejenige Chinas) heisst nicht, dass sie unbegrenzt und unumkehrbar ist. Selbst zu den Zeiten des Kalten Krieges wurden Rüstungsbegrenzungsfortschritte, insbesondere bei der atomaren Aufrüstung erzielt. So gab es 1985 weltweit mehr als 60'000 Atomwaffen – 98 Prozent davon im Besitz der USA und der Sowjetunion. 30 Jahre später reduzierte sich diese Zahl auf etwa 17'000.

Verschiedene Verträge zwischen den beiden Grossmächten hatten dazugeführt. So der Atomsperrvertrag, der die Weiterverbreitung von Atomwaffen wenigstens einschränkte, ebenfalls die Teststoppabkommen oder die SALT-Verträge, die Grenzen für Anzahl und Qualität strategischer Waffen und Höchstgrenzen für Trägersysteme fest-

hielten. Weiter zu nennen sind der INF-Vertrag, der die Vernichtung der atomaren Mittel- und Kurzstreckenflugkörper vereinbarte (aus dem die USA 2019 nach Verstössen durch Russland ausgestiegen sind), die drei START-Verträge, die zur Reduktion aller Atomwaffen zwischen den USA und Russland führten.

Aber auch auf dem Gebiet der konventionellen Waffen ermöglichten Abkommen Rüstungsbegrenzungen, so die Bio-Waffenkonvention, die Konvention zum Verbot besonders inhumaner Waffen, die Ottawa-Konvention mit dem Verbot von Antipersonenminen – später kamen die Streubomben dazu – und vor allem die Chemiewaffenkonvention, die zu einem totalen Verbot und gar einer Vernichtung vieler Bestände, so derjenigen Assads Syrien, führte. Ebenfalls wichtig war der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa, der KSE-Vertrag, in dem sich 30 Staaten auf Obergrenzen bei Flugzeugen und Panzern einigten (2023 trat Russland aus, dann suspendierten ihn die Nato-Länder). Trotzdem hatte der Vertrag in den 1990er-Jahren europaweit zu erheblichen Reduktionen schwerer Waffensysteme geführt.

### **Rüstungsbegrenzungen nicht mehr nur zwischen Nato und Russland**

Auch die Schaffung militärischer Transparenz ist ein Weg, eine Vertrauensbasis für weitere Abrüstungsverhandlungen zu schaffen. Ein bedeutendes Beispiel dafür ist das Wiener Dokument, das in den frühen 1990er-Jahren von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) entwickelt wurde. Der multilaterale Vertrag regelt den Austausch militärischer Informationen zwi-

schen den teilnehmenden Staaten. Dazu gehören Angaben über die Stationierung von Truppen und Militärausrüstung, Personalstärken, Verteidigungsplanungen sowie Benachrichtigungen über militärische Aktivitäten wie Manöver oder Truppenbewegungen. Durch die Offenlegung dieser Informationen schufen die Unterzeichnerstaaten des Wiener Dokuments ein Klima der Transparenz und des gegenseitigen Vertrauens. Das Wiener Dokument, das den Austausch von Informationen über Militärmanöver vorsah, war nur von 1990 bis 2020 in Kraft.

Die Zeit der Rüstungskontrolle nahm dann in den Nuller-Jahren mit den zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der Nato ein jähes Ende, was zu einer Kündigung oder einem Unterbruch verschiedener Abkommen führte. Umso wichtiger ist es, dass die europäischen Länder, nachdem sie ihre Rüstungsbudgets markant erhöhten, nach dem Ende des Krieges gegen die Ukraine wieder über Rüstungsbegrenzungen verhandeln. Dabei wird aber Rüstungskontrolle in der komplexen multipolaren Welt nicht mehr allein auf die Nato und Russland beschränkt werden können. Zudem müssen alternative Sicherheitskonzepte wie eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit in die Verhandlungen eingebracht werden.

### **Reform der UNO unausweichlich**

Ebenso wichtig sind künftige Bemühungen um die Stärkung des Völkerrechts und der Menschenrechte auf internationaler Ebene unter Einbezug Chinas – die Schweiz muss sich hier in der UNO engagieren. In dem Zusammenhang ist eine Reform der UNO mit folgenden Zielen anzustreben:

- Den Sicherheitsrat in seiner Zusammensetzung repräsentativer gestalten und zusätzliche ständige Sitze (für Afrika, Südamerika, Indien) einführen;
- Das Vetorecht der Grossmächte aufheben und das Mehrheitsprinzip im Sicherheitsrat einführen;
- Die Umwelt als Säule der UNO einbeziehen mit der Schaffung eines Earth Governance Council neben dem Sicherheitsrat, dem Wirtschafts- und Sozialrat und einem hochrangigen Menschenrechtsrat;
- die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs verbindlich und universell machen;
- die Generalversammlung als solche aufwerten.



**KORREKTUR  
REFERENDUM**

## **Keine Schweizer Waffen für Bürgerkriege Unterschriftenbogen einreichen!**

Seit dem 7. Januar 2026 läuft die Sammlung für das Kriegsmaterial-Referendum. Wir haben die Unterschriftenkarte unserem Versand des Jahresberichtes 2025 im Februar beigelegt. Bis Ende März sollten nun die ausgefüllten Bogen zurückgesandt werden ans Kriegsmaterial-Referendum, Postfach 1069, 8031 Zürich.

# Erklärung des Nationalrates: Die UNO-Charta und territoriale Integrität Grönlands achten

Am 20. Januar 2026 hat eine Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates eine von Fabian Molina (SP) initiierte Erklärung zu Grönland verabschiedet, der zwölf ihrer Mitglieder zustimmten, zwei enthielten sich und zehn Mitglieder stimmten Nein (die Vertreter der SVP sowie FDP-Nationalrat Hanspeter Portmann). Die Erklärung steht in der Frühlingssession am 16. März auf dem Programm des Nationalrates. Wir dokumentieren sie, weil sie bemerkenswert klar die Grundsätze des Völkerrechts in Erinnerung ruft und den Bundesrat zum Handeln auffordert.

## Der Nationalrat ist

- überzeugt, dass die Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere des in Artikel 1 Absatz 2 der UNO-Charta verankerten Selbstbestimmungsrechts der Völker und des in Artikel 2 Absatz 4 der UNO-Charta verankerten Gewaltverbots sowie der Respekt vor der Souveränität und territorialen Integrität von Staaten, eine tragende Säule der internationalen Ordnung darstellen;
- bestürzt über die weltweite Zunahme eklatanter Verstösse gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen;
- in der Sorge, dass solche Völkerrechtsbrüche gefährliche Präzedenzfälle schaffen und die Hemmschwelle für weitere Verletzungen der territorialen Integrität anderer Staaten senken;
- alarmiert über eine Zunahme expansionistischer Rhetorik sowie politischer und militärischer Drohungen, die auf eine Infragestellung der territorialen Integrität anderer Staaten auch in Europa abzielen, namentlich gegenüber dem Kö-



- nigreich Dänemark und dessen autonomem Gebiet Grönland;
- der Überzeugung, dass politische Kritik an Regierungen, sicherheitspolitische Erwägungen oder wirtschaftliche Interessen – einschliesslich des Zugangs zu Rohstoffen oder strategischen Regionen – niemals eine völkerrechtswidrige Gewaltanwendung oder deren Androhung rechtfertigen können;
- bekräftigend, dass internationale Streitigkeiten ausschliesslich mit friedlichen Mitteln und im Rahmen der bestehenden multilateralen Institutionen zu lösen sind.

## Der Nationalrat

- verurteilt jede Verletzung des völkerrechtlichen Gewaltverbots sowie jede Missachtung der Souveränität und territorialen Integrität von Staaten aufs Schärfste;
- fordert den Bundesrat auf, derartige Verstösse gegen die UNO-Charta unmissverständlich als solche zu bezeichnen und sich konsequent für deren Einhaltung einzusetzen;
- ermutigt den Bundesrat, sich bei den Vereinten Nationen sowie im Rahmen des Vorsitzes der Schweiz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

- aktiv für Deeskalation, die Stärkung des Gewaltverbots sowie die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der territorialen Integrität von Staaten einzusetzen, insbesondere auch mit Blick auf das Königreich Dänemark und Grönland, und die Bereitschaft der Schweiz zu guten Diensten zu bekräftigen;
- fordert den Bundesrat auf, gegenüber allen beteiligten Staaten klarzustellen, dass geopolitische, sicherheitspolitische oder wirtschaftliche Interessen – insbesondere in strategisch sensiblen Regionen wie der Arktis – ausschliesslich auf diplomatischem, rechtsstaatlichem und multilateralem Weg und unter voller Achtung des Völkerrechts zu verfolgen sind;
- erwartet vom Bundesrat, dass er in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten Massnahmen ergreift, um Druck und Zwang, die sich gegen das Funktionieren des Multilateralismus und das Völkerrecht richten, wirksam entgegenzutreten;
- fordert den Bundesrat auf, multilaterale Mechanismen zur Prävention von Völkerrechtsverletzungen, insbesondere des Gewaltverbots und der territorialen Integrität, aktiv zu unterstützen.



ZUR WEITERLAGE

# Ein Leben, in dem es Bach gibt, ist e

Der russische Schriftsteller Michail Schischkin hat diesen Essay am 18. September 2025 am Festival «Macht Musik» – ein Festival über die Freiheit der Kunst in Diktaturen – im Stadtcasino Basel zum Konzert des ukrainischen Pianisten und Bach-Spezialisten Alexei Botvinov vorgetragen.

Wir sind wieder im Krieg. Solange es Diktaturen auf der Erde gibt, wird es Kriege geben. Im 20. Jahrhundert kamen in Kriegen und Gefängnissen Millionen von Menschen ums Leben. Millionen von einzigartigen Universen voller Liebe, Beethovens Musik, wunderbarer Bücher, mütterlicher Liebkosung, kindlichen Lachens, menschlicher Wärme, Universen voller Regen, Schnee, Meer, Sehnsucht, Schmerz, Freude und Glück sind den Diktatoren und ihren Kriegen zum Opfer gefallen. Und es will auch im 21. Jahrhundert nicht aufhören. Die Tragödie von Millionen lässt sich nur schwer fassen. Und ist es unmöglich, sich all die Millionen Menschen vorzustellen, so sollte man sich zumindest eines einzelnen Schicksals entsinnen.

\*\*\*

Véronique Lautard wurde zeitgleich mit dem 20. Jahrhundert geboren, einem Jahrhundert grosser Ideen und grosser Worte, dem furchtbarsten Jahrhundert in der Geschichte der Menschheit. Gott gab ihr bei ihrer Geburt alles, damit ihr Leben glücklich sein konnte: liebende

Eltern, Wohlstand, immenses musikalisches Talent. Sie kam 1901 in Turin, Italien, zur Welt. Ihr Vater Auguste Lautard war Franzose, Physiker, Mathematiker, Astronom an der Universität in Turin, später an der Sorbonne. Die Mutter war Spanierin, Philologin. In der musikliebenden Familie fand die kleine Vera früh zu ihrer Berufung – sie wollte Pianistin werden.

Vera hat sich, solange sie sich erinnern konnte, schon von klein auf mit Musik beschäftigt. Ihr Lehrer war der grosse Pianist Alfred Cortot, ein Schweizer aus Nyon, der Paris eroberte und dort seine legendäre École Normale de Musique gründete. Zu ihren Lehrern gehörte auch Ernesto Consolo, ein bekannter italienischer Pianist und Musikpädagoge. Mit vierzehn Jahren begann Véroniques Karriere als Konzertpianistin, sie bereiste Europa und Amerika, spielte mit dem Orchester von Arturo Toscanini. Mit sechzehn Jahren absolvierte Vera Lautard das Pariser Konservatorium und studierte dann in Wien, wo der bekannte Pianist und Musikpädagoge Emil von Sauer einen grossen Einfluss auf sie hatte.

\*\*\*

Sie lebte in einer Welt ohne erhabene Worte über den Patriotismus, über den Sieg im Krieg, über die gerechte Weltumgestaltung. Sie lebte in einer Welt, in der es überhaupt keine Worte gab. Sie lebte in der Welt der Musik, wäh-

rend allenthalben die Politik zwischen zwei Weltkriegen wütete. Mit grossen Worten über die Pflicht, über die Notwendigkeit, alles für den Sieg des Kommunismus oder des Nationalsozialismus oder pour la Patrie usw. zu opfern, wurden Menschen aufgerufen, ins nächste Gemetzel zu ziehen. Ideen leben von Opfern. Grosse Ideen fordern grosse Opfer. Véronique interessierte sich nicht für Politik, sie interessierte sich nur für Musik. Doch das 20. Jahrhundert starrte sie durchs Fenster an.

Es schien, als sei das Schicksal der jungen Klaviervirtuosin wohlgesonnen: Sie hatte die besten Konzertsäle Europas zur Verfügung, und nach ihren Tourneen durch Europa und Amerika verbrachte sie ihre Ferien mit ihren Eltern in deren Landhaus in Nizza. Sie war jung, schön, reich und glücklich. Sie war überall beliebt. Die Liebe kam zu ihr. Das Schicksal wollte, dass Véroniques Wahl auf einen bereits älteren Mann fiel, der zwei Kinder aus erster Ehe hatte. Das war ein Emigrant aus Russland.

\*\*\*

Veras Vater zog alles Russische an. Deshalb nannte er seine Tochter auf russische Art Vera (= Véronique). Und er führte sie in den Kreis seiner russischen Freunde ein. Dort begegnete sie auch ihrem späteren Ehemann – Wladimir Jakowlewitsch Schewtschenko (1890–1942), einem Akustiker, der Streichinstrumente baute. Man nannte ihn den russischen Stradivari. Die Familie Schewtschenko verliess Russland während des Ersten Weltkrieges, und die Rückkehr in die Heimat wurde zu seinem Traum. Viele Emigranten kehrten in die Sowjetunion zurück, angelockt von schönen Worten über den Aufbau einer neuen freien Welt des Sozialismus. Wladimir Schewtschenko wollte unbedingt in der UdSSR ein neues Leben aufbauen. Vera stellte sich die Sowjetunion als ein romantisches Land vor, in dem sie mit ihrem Spiel sowjetische Menschen inspirieren würde, also fuhr sie gerne mit ihrem Mann in die Sowjetunion.

1939, kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, kamen Vera Lau-

## Michail Schischkin

Der russisch-schweizerische Schriftsteller und Publizist Michail Schischkin (geboren 1961 in Moskau) kam 1995 in die Schweiz und lebt heute mit seiner Frau Evgeniya Schischkina und den Kindern in Kleinlützel (SO). Schon lange vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich Schischkin in zahlreichen Essays zu Putin und den gefährlichen Entwicklungen in Russland geäussert.

Seit dem 24. Februar 2022 ist er ununterbrochen schreibend und informierend unterwegs. Für die FRIEDENSZEITUNG hat er u.a. in der Ausgabe Nr. 44/2023 einen Essay zu russischen Soldaten in Internierungslagern in der Schweiz 1945 und in Nr. 47/2023 einen zu Domenico Trezzini, dem Schweizer Architekten von Peter des Grossen, sowie in Nr. 50/2024 einen zu Tschschows *Die Möve* verfasst.



# in Segen

tard-Schewtschenko, ihr Mann, die beiden Stiefsöhne sowie das gemeinsame Kind nach Leningrad. Man quartierte sie in einem winzigen Zimmer eines Wohnheims ein, Arbeit hatten sie keine und somit keine Mittel zum Leben. Vera sprach kein Russisch, was ihr das Leben zusätzlich erschwerte. Sie verkaufte ihre Pariser Kleider. Die sozialistische Realität vertrieb rasch sämtliche Illusionen. Doch ein Zurück nach Paris gab es nicht mehr.

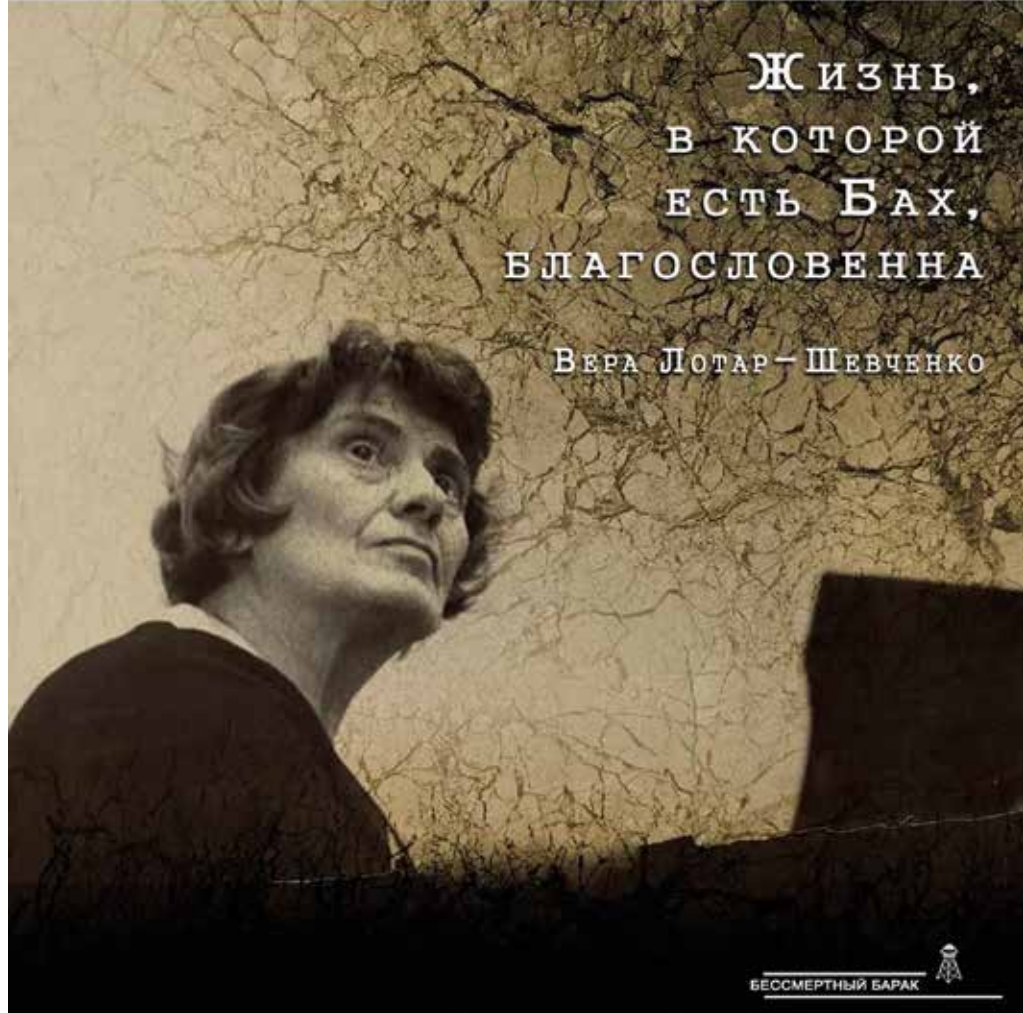
\*\*\*

Es war schwierig für Vera, eine Anstellung zu finden, da sie ohne sowjetische Bildungsdokumente von niemandem eingestellt wurde. Es war sogar schwierig, ein Vorspielen zu erreichen. Doch sie hatte Glück. Eine bekannte Pianistin, Professorin am Moskauer Konservatorium und eine aussergewöhnliche Persönlichkeit, Maria Yudina, verhalf ihr zu einer Anstellung in der Leningrader Philharmonie.

Für die in Frankreich Gebliebenen bedeutete der Beginn des Krieges ebenfalls eine Katastrophe. Veras Lehrer Alfred Cortot bekleidete einen hohen Posten in der Vichy-Regierung, kollaborierte mit den deutschen Besatzern, gab Konzerte in Deutschland, trat in Berlin mit Wilhelm Furtwängler vor Nazi-Bonzen auf.

Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 wurde Wladimir Schewtschenko als ehemaliger Emigrant verhaftet. Monatelang versuchte Vera, Informationen über ihren Mann zu bekommen. Verzweifelt ging Sie zum NKWD und verlangte in gebrochenem Russisch die Freilassung ihres Mannes, sie erklärte, er sei kein Spion, sondern ein redlicher Mensch, er baue einfach nur Geigen. «Und wenn er Spion ist, dann bin ich auch Spionin, verhaftet auch mich! Nicht mein Mann ist Faschist – ihr seid es!», rief sie in ihrer Verzweiflung. Sie wurde auf der Stelle festgenommen.

Wie aus ihrer Akte hervorgeht, wurde sie am 2. März 1942 verhaftet. Von der Verhaftung bis zur Verurteilung verging ein Jahr – so viel Zeit hat sie im Gefängnis verbracht. Am 24. Februar



Véronique Lautard-Schewtschenko: «Ein Leben, in dem es Bach gibt, ist ein gesegnetes Leben.»

1943 wurde Véronique Lautard-Schewtschenko von einem Sonderausschuss des NKWD gemäss Artikel 58-10 Teil 2 des Strafgesetzbuches der RSFSR zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Artikel 58-10 trug den Titel «Konterrevolutionäre Propaganda und Agitation». Nach dem Urteil wurde sie ins Lager Tavda im Uralgebiet geschickt. Ihre beiden Stiefsöhne verbrachte man in ein Heim für Kinder der Volksfeinde. Sie verhungerten während der Blockade von Leningrad.

\*\*\*

Von ihrem Mann, einem Musiker und Geigenbauer, wurde bei Verhören ein Geständnis verlangt, dass er ein französischer Spion sei. Durch die Folterungen bei den Verhören verlor er den Verstand und wurde in die Kolonie Nowotroitsk in der Region Tscheljabinsk geschickt, die ein Gefängnis Krankenhaus für Geisteskranke war. Die Diagnose lautete Schizophrenie. In seiner Sterbeurkunde ist angegeben, dass er 1942 im Alter von 52 Jahren starb. Ein Dokument, das Vera später erhielt, besagt, dass er sowie das gemeinsame Kind tot seien. Schewtschenko sei bei

einem Fluchtversuch erschossen worden. Was verbirgt sich hinter dieser Standardformulierung? Er könnte auch einfach zu Tode geprügelt worden sein oder an Erschöpfung gestorben sein. Vielleicht hat er Widerstand geleistet. Möglicherweise hat er einfach versucht, seinem Leben ein Ende zu setzen.

Vera wusste lange Zeit nichts über das Schicksal ihres Mannes. Sie schrieb ihm weiterhin Briefe, schrieb ihm aus dem Gefängnis nach ihrer Verhaftung, schickte ihm Briefe aus dem Lager in Tavda und glaubte lange Zeit, dass er noch lebte: «Liebster Wolodja! Ich denke an dich und liebe dich unendlich! Ich habe es so schwer ohne dich! Doch ich hoffe, dass wir wieder zusammen sein und ein richtiges Leben führen werden.» Ihre Postadresse lautete damals: Vera Augustowna Schewtschenko, Ober-Tavda, Region Swerdlowsk, Postfach 259/35.

Vera fällte Bäume. Mit ihren Klaviervirtuosinnenhänden musste sie mit Axt und Säge arbeiten. Als sie vom Tod ihres Mannes und der Kinder erfuhr, versuch-

Fortsetzung Seite 24

te sie, sich das Leben zu nehmen, wurde aber von den Frauen aus ihrer Baracke gerettet. Dann sagte sie sich: «Wenn ich schon nicht gestorben bin, dann heisst das, ich muss leben. Stirb oder werde!» Mit einem Messer schnitzte sie eine Klaviertastatur in ihre Pritsche und «spielte» in jeder freien Minute, meist nachts, auf dem Brett. In ihrer Baracke lebten hinterm Stacheldraht Bach und Beethoven, Chopin und Debussy, Schubert und Skrjabin. Ohne ihre Hilfe hätte sie nicht überlebt. Die Wachposten hörten nichts, doch nachts füllte sich die schnarchende stinkende Baracke mit Klängen unsterblicher Musik. Und allmorgendlich wurden die Frauen mit Schlägen auf eine Eisenschiene geweckt und zum Holzfällen hinausgeführt.

\*\*\*

Ihre Finger bekamen Schwielen und waren von der Kälte und der schweren Arbeit verkrampft, aber sie spielte weiter. Monatelang. Jahrelang. Ihre Finger schlugen gehorsam auf die stummen Tasten, und die Musik erklang in ihren Ohren. Jetzt hatte sie nur noch eine Stütze im Leben – die Musik. Es waren schreckliche Kriegswinter, in denen es zu massiver Unterernährung kam und jede Fünfte im Frauenlager starb. Wenn man es nicht schaffte, die Leichen zu begraben, wurden sie in hastig ausgehobene Gräben geworfen. Denn alle, die dazu in der Lage waren, und auch diejenigen, die es nicht waren, wurden zu elf bis zwölf Stunden schwerer körperlicher Arbeit pro Tag gezwungen. In der Kälte, im Frost. Und wer die Normen nicht erfüllte, der wurde ihre ohnehin schon magere Ration noch weiter gekürzt.

Sie, die seit ihrer Kindheit verwöhnt und nicht an harte Arbeit gewöhnt war, erwartete den sicheren Tod. Es waren andere Frauen in der Baracke, die wie sie zu Unrecht verurteilt worden waren, die ihr geholfen haben zu überleben. Sie umgaben sie mit Fürsorge und Aufmerksamkeit. Sie halfen ihr, wo sie konnten. Ihr Überleben verdankt Vera einem Lagerarzt, der die Pianistin erkannte und zur Küchenarbeit einteilen liess.

So vergingen acht lange Jahre ihrer Haft im Lager. Acht Jahre lang hatte sie kein Klavier gesehen. Als ihre Haftzeit 1950 abgelaufen war, wurde sie auf freien Fuss gesetzt mit dem Verbot, in Grossstädten zu leben. Sie kam in die nächst-

gelegene Bezirksstadt Nishnij Tagil und irrte in ihrer geflickten Wattejacke, einem Rock aus Sackleinen und abgetragenen Filzstiefeln aus dem Lager durch die Stadt, ohne zu wissen, wohin sie gehen könnte. Plötzlich hörte sie jemanden Klavier üben. Sie stand vor der städtischen Musikschule. Vera klopfte an und flehte um die Erlaubnis, sich ans Klavier zu setzen. Sie vermischte russische und französische Wörter, sie bat darum, «ein Konzert zu spielen». Woher sie kam, war jedem klar, auch ohne Worte. Sie bekam die Erlaubnis. Mit verkrümmten Fingern begann sie allein in der leeren Klasse zu spielen und spielte den ganzen Tag durch. Hinter der Tür standen LehrerInnen, SchülerInnen mit ihren Eltern, sie hörten zu und weinten.

Der Schuldirektor wollte sie einstellen, doch wegen den Lagerpapieren einer Volksfeindin konnte er ihr nur eine Halbtagsstelle anbieten und auch nicht als Lehrerin, sondern als Illustratorin. Von ihrem ganzen ersten Gehalt mietete sie ein Piano. Für ihr ganzes zweites Gehalt liess sie sich ein schwarzes Konzertkleid schneiden, obwohl man sie nirgends auftreten liess. Mit Privatunterricht konnte sie noch etwas dazu verdienen.

\*\*\*

Nach Stalins Tod 1953 ging es ihr besser: Vera wurde Mitglied der Philharmonie von Swerdlowsk. Bei ihrem ersten Konzert in der Swerdlowsker Philharmonie trug Vera das schwarze Kleid, das sie drei Jahre zuvor sofort nach der Freilassung hatte nähen lassen. Kurz vor dem Konzert kam die Moderatorin scheinbar zufällig bei ihr vorbei, um zu sehen, wie die Künstlerin aussah. Vera sagte: «Sie denken, ich komme aus Tagil. Sie haben vergessen, dass ich aus Paris komme.»

Doch Solokonzerte waren rar. Auf Konkurrenzkämpfe für Gagen und Konzerte hatte sie keine Lust. Unter MusikerInnen tobte wie überall sonst auch der Kampf ums Überleben, den man nur durch Beziehungen und Speichelleckerei gewinnen konnte. Überall war sie eine Fremde.

Um etwas über das Schicksal ihrer Eltern zu erfahren, setzte sie sich mit der Französischen Botschaft in Verbindung. Sie wollte zurück nach Paris, doch da bestellte man sie in die örtliche Dienststelle des KGB und setzte ihr auseinander, glückliche Sowjetmenschen seien auch in Nishnij Tagil glücklich.

Vor gar nicht so langer Zeit wären Menschen wegen Kontaktaufnahme mit dem Ausland in Straflagern verschwunden. Wenn Bekannte sie fragten, ob sie nicht in die Heimat zurückkehren wolle, gab sie ihre einstudierte Antwort: «Was soll ich dort, mir geht es auch hier ganz gut.»

Am häufigsten spielte sie, dienstverpflichtet, in Dorfkлубs, auf verstimmten Klavieren in halbleeren Räumen. Zu solchen Konzerten wurden Kolchosbauern oder Soldaten zusammengetrieben. Freiwillig kamen Verbannte – Intellektuelle aus Moskau und Leningrad, die das Lager überlebt hatten und die es in die finsterste Ödnis um Barnaul verschlagen hatte. Sie spielte vor Ihresgleichen, den einstigen Lagerinsassen. Die Musik half ihr, zu überleben, jetzt half Vera anderen, zu überleben.

\*\*\*

Mitte der 1960er-Jahre besuchte ein Korrespondent aus Moskau, Simon Soloveichik, ihr Konzert in Barnaul. Er interessierte sich für das erstaunliche Schicksal der Französin und im Dezember 1965 erschien in der Moskauer Zeitung *Komsomolskaja pravda* sein Artikel unter dem Titel «Die Pianistin, gewidmet dem Leben von Vera Lautard-Schewtschenko». Dieser Artikel machte die Pianistin berühmt: Sie erhielt eine Vielzahl von Briefen, ihre Konzerte waren ausverkauft, und Akademiemitglied Michail Lawrentjew, Leiter der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, bot Lautard-Schewtschenko an, in Nowosibirsk im 1957 errichteten Stadtteil Akademgorodok zu leben und zu arbeiten.

Sie wurde Solistin der Staatlichen Philharmonie Nowosibirsk. Ihr Leben hatte sich verändert. Sie trat in Moskau und Leningrad sowie in weiteren Städten auf. Die grosse Maria Yudina sagte über sie nach einem Konzert: eine suchende, rebellische, willensstarke Pianistin. Ihre Finger blieben verkrüppelt, aber Vera lachte: «Ist die Musik etwa hier?» – und zeigte auf ihre Hände. «Die Musik ist hier!» – und berührte ihren Kopf.

Die Anerkennung kam, als ihr Leben bereits auf sein Ende zusteuerte. Die letzten sechzehn Jahre lebte sie in Akademgorodok bei Nowosibirsk unter der Adresse Tereshkova-Strasse 4, in ihrer kleinen Wohnung, wo sie ganze Tage hindurch ihre Lieblingskomponisten spielte. Die Tür zum Treppenhaus stand stets halboffen. Das war bekannt, deshalb

sassen auf den Stufen immer StudentInnen, NachbarInnen oder auch PassantInnen. Das Treppenhaus wurde zum einzigartigen Konzertsaal, der im gesamten Akademgorodok bekannt war.

\*\*\*

Professor Mikhail Katschan, ein bekannter Mathematiker aus Nowosibirsk, erinnerte sich daran, wie die Pianistin lebte: «Vera Augustowna Lautard-Schewtschenko lebte ausserhalb des Alltags. In ihrer Wohnung befanden sich die notwendigen Möbel, aber nicht mehr. An der Wand stand ein Klavier, an das sie sich ständig setzte. Die Nachbarn, die wussten, dass sie Pianistin war, hatten nichts dagegen, obwohl man im Haus alles hören konnte. Sie wurde geliebt und man half ihr. Von bürgerlichem Komfort war in der Wohnung nichts zu spüren – keine Rüschchen, keine Elefantentfiguren ... An der Wand hingen Plakate ihrer Konzerte, und über dem Sofa hing eine Reproduktion eines Stilllebens von Matisse. Auf dem Nachttisch stand ein Plattenspieler, und auf den Platten war hauptsächlich Klaviermusik zu hören. Im Bücherregal standen Bücher in allen europäischen Sprachen, vor allem aber auf Französisch.»

Und hier sind die Eindrücke von Lyubov Katschan, der Ehefrau von Mikhail Katschan, vom Spiel von Vera Lautard-Schewtschenko: «Sie ... legt ihre Hände auf die Tasten, man schaut hin und ... ist wie gelähmt. Knöchelne, von Arthritis entstellte Finger. Was kann man mit solchen Händen spielen? Umso erstaunlicher und erschütternder ist das, was man nach den ersten Tönen hört. Das kann man nur mit einem Wort beschreiben: Magie – der Sieg des Geistes über den gebrechlichen Körper.»

\*\*\*

Aus der Französischen Botschaft kam die Anfrage, ob sie nicht in die Heimat zurückwolle. Eine Rückkehr würde den Beginn eines neuen Lebens bedeuten, doch in ihrem Alter hat sie es nicht mehr gekonnt und nicht mehr gewollt. Sie verzichtete: «Das wäre ein Verrat am Andenken der russischen Frauen, die mir geholfen haben, in der Lagerhölle zu überleben.» (Ce serait trahir la mémoire des femmes russes qui m'ont aidée à survivre à l'enfer de la réclusion.)

In einem Interview erklärte Vera ihre Entscheidung so: «Im Leben kann man

nie zurückgehen. In meinem früheren Leben hatte ich alles. Sogar mehr als alles, denn Talent und Musik schenken mir eine zauberhafte Welt. Aber in jenem Leben hätte ich mir nie träumen lassen, dass ich so viele wunderbare russische Frauen treffen würde, die ich in den Straflagern kennenlernte. Von diesen Frauen habe ich viel gelernt. Diese Frauen, auf die ihre Söhne und Töchter, ihre Ehemänner und Geliebten, ihre Mütter und Väter vergeblich gewartet haben – diese Frauen haben mir geholfen zu überleben.

Viele von ihnen sind nicht zurückgekehrt. Aber ihr Geist, ihr Lächeln, ihre Weiblichkeit, ihre Kraft – nichts davon ist verschwunden. All das ist hier, in diesem Raum, in meinem Herzen, in der Luft, die ich atme. Und durch die Musik bringe ich die vorzeitig verstorbenen Töchter, Ehefrauen und Mütter zu ihren Kindern, ihren geliebten Ehemännern, ihren verzweiferten Eltern zurück. Ich bleibe hier, weil hier die Musik dieser Herzen erklingen muss.»

Vera Lautard-Schewtschenko starb am 10. Dezember 1982. Sie wurde auf dem Südfriedhof von Akademgorodok in Nowosibirsk beerdigt. Auf dem Grabstein stehen ihre Worte: «Ein Leben, in dem es Bach gibt, ist ein Segen.» 1989, während Gorbatschows Perestroika, wurden Vera Lautard-Schewtschenko und ihr Mann offiziell rehabilitiert – zusammen mit Hunderttausenden unschuldigen Opfern

der stalinistischen Repressionen. Aus heutiger Sicht erscheinen jene Jahre in Russland wie eine kurze Atempause zwischen zwei Diktaturen.

\*\*\*

Die tragische und hoffnungsvolle Geschichte von Véronique Lautard-Schewtschenko ist eine globale Metapher für den Sieg des menschlichen Geistes, der Kreativität und der grossen Kunst über alle Diktaturen und Kriege. Stalin und Putin kommen und gehen, doch Bachs unsterbliche Musik bleibt, und alle Bomben der Welt sind ihr gegenüber machtlos. Und solange jemand zuhört, sich erinnert und es wagt, im Dunkeln Musik zu spielen, bleibt die Menschheit bestehen.

Die stalinistische Diktatur hat das Schicksal dieser Frau wie auch Abermillionen anderer Schicksale verbogen und zerbeult. Doch Vera ist kein Opfer. Sie ist Siegerin. Wer erinnert sich heute ihrer dahingegangenen Schergen? Veras Leben hingegen wird fortwähren, solange man sie kennt und an sie denkt. Auch jetzt ist sie hier, mit uns, in diesem Saal. Und heute werden Sie ihr Leben mitnehmen, in Ihren Herzen mit nach Hause tragen. Behutsam wie eine brennende Kerze.

*Michael Schischkin*



Véronique Lautard-Schewtschenko spielt 1974 in der Regionalbibliothek von Barnaul, der Hauptstadt der russischen Region Altai im Süden Westsibiriens Beethovens Piano Sonata no. 32, op. 111.

# Alternativen zur Gewalt gesucht

Lieber Jakob

Mit Interesse habe ich deinen Artikel in der letzten **FRIEDENSZEITUNG** gelesen. Über weite Strecken kann ich ihm folgen. Insbesondere deine Ausführungen zur «Anti-Gewalt» gefallen mir. Doch an einer Stelle muss ich dir vehement widersprechen. Auch ich fühle mich einem politischen und historisch informierten Pazifismus verpflichtet, doch die Ukraine militärisch und damit mit Waffen zu unterstützen, ist für mich keine «Selbstverständlichkeit», wie du schreibst.

## Das Recht, sich militärisch zu wehren

Ich spreche den Ukrainerinnen und Ukrainern nicht das Recht ab, sich militärisch gegen den Angriff Russlands zur Wehr zu setzen. Auch akzeptiere ich, wenn demokratisch entschieden wird, dass man diesen Verteidigungskampf mit Waffenlieferungen unterstützen will. Hingegen stelle ich die Frage, was in der gegenwärtigen Situation die Aufgabe eines politischen Pazifismus sein müsste. Ob es damit getan ist, in den Ruf nach Waffenlieferungen einzustimmen. Auf diese Fragen finde ich andere Antworten.

Ich gehöre damit wohl zu den Teilen der Friedensbewegung, die auch in verzwickten und verfahrenen Situationen

die Frage nach Alternativen zur Gewalt stellen. Immerhin trittst du dafür ein, dass der politische und historisch informierte Pazifismus auch mit solchen Leuten im Gespräch bleibt. Das freut mich selbstverständlich und verstehe ich als Einladung, in den Dialog zu treten.

## Ukrainekrieg: Friedenspolitische Selbstverständlichkeiten infrage gestellt

Ich muss dazu vorausschicken, dass es mir in der gegenwärtigen Situation nicht leicht fällt, eine solche Position durchzuhalten. Ich nehme eine tief in die Friedensbewegung eingedrungene Verunsicherung wahr, die auch mich berührt. Der Angriff Russlands hat viele friedenspolitische Selbstverständlichkeiten infrage gestellt. Vor Zweifeln bin auch ich nicht gefeit. Und doch: Den Abwehrkampf militärisch und damit mit Waffenlieferungen zu unterstützen, ist mir trotzdem keine Selbstverständlichkeit geworden. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass der politische Pazifismus andere Aufgaben hat.

Einen ersten Grund dafür sehe ich im Blutzoll, den jeder militärisch geführte Krieg fordert. Und jeder Krieg fordert diesen Zoll immer auch von Menschen, die sich nicht bereit erklärt haben, ihn zu bezahlen. Alte und Junge,

Männer und Frauen, die zum Militärdienst gezwungen werden, unbeteiligte und unschuldige ZivilistInnen. Ihnen wird der Blutzoll abverlangt ohne die Aussicht, je einmal noch Frieden und Freiheit zu erleben. Ich halte die Geschichte für grundsätzlich offen, kein Unrechtsregime hält ewig. Auch ein solches fordert Opfer. Doch ist es in höherem Masse der Entscheid der betroffenen Menschen, ob sie ihm Widerstand leisten oder sich der Macht beugen. Im Krieg haben sie diese Wahl nicht, und Waffenlieferungen verlängern den Krieg und erhöhen den Blutzoll.

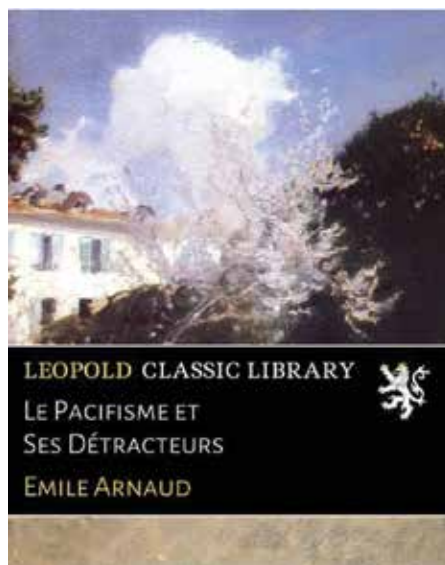
## Eskalationsgefahr

Ein zweiter Grund ist die Eskalationsgefahr, die dem seit vier Jahren geführten Krieg innewohnt. Je länger er sich hinzieht, je stärker aufgerüstet wird und je mehr Länder involviert sind, desto grösser ist diese Gefahr. Dass bald alle Rüstungskontrollverträge ausgelaufen sind, erhöht das Risiko. Der Schrecken, den die Atombombeneinsätze in Hiroshima und Nagasaki in der Weltöffentlichkeit zurückgelassen haben, ist weitgehend verblasst.

Einen dritten Grund sehe ich in der Schwierigkeit, zwischen Waffenlieferungen an eine Kriegspartei und der Auf-

## Wer prägte den Begriff Pazifismus?

Im Beitrag von Jakob Tanner in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 55 vom Dezember 2025 ging verloren, wer das Wort «Pazifismus» (aus *pacem* + *facere* = Frieden herstellen) geprägt hat. Der französische Notar und Friedensaktivist **Émile Arnaud** (1864–1921) erlangte 1891 Bekanntheit mit seinem Werk «Der Pazifismus und seine Kritiker». 1901 führte er den Begriff in einem Artikel der belgischen Tageszeitung *L'Indépendance Belge* ein und schlug vor, damit die Anhänger der Friedensbewegungen zu bezeichnen. Obwohl die Idee des Pazifismus viel älter ist und schon früher ähnliche Begriffe existierten (wie das neulateinische Pazifismus, das Jean-Baptiste Richard



Émile Arnauds bekanntestes Werk: «Der Pazifismus und seine Kritiker», erstmals 1891 veröffentlicht.

de Radonvilliers bereits 1846 etablieren wollte), setzte sich Émile Arnaud damit als derjenige durch, der das Wort in seiner heutigen Bedeutung erfolgreich international bekannt gemacht hat (insbesondere auf dem 10. Weltfriedenskongress in Glasgow 1901). Der Gründer und erste Präsident der «Internationalen Liga für Frieden und Freiheit» (ILFF) wollte dort «seinem «Code de la paix», mit dem er ein internationales Regelwerk zur Friedenssicherung vorschlug, mehr Resonanz verschaffen. Mit seiner begrifflichen Neuschöpfung, die leicht in viele Sprachen übersetzbar war, grenzte er sich sowohl gegen religiös motivierte FriedensmoralistInnen als auch gegen eine Linke ab, die in revolutionärer Gewalt einen Friedenskatalysator erkennen wollte.» (Tanner) (red.)

rüstung zu unterscheiden. Wie will eine Friedensbewegung, die Waffenlieferungen gutheisst, in Zukunft glaubwürdig die Aufrüstung bekämpfen? Auch diese dient ja im Selbstverständnis ihrer Befürworter allein «einem Verteidigungskampf gegen einen völkerrechtswidrig losgetretenen Angriffskrieg». Indem der politische Pazifismus zu Waffenlieferungen Hand bietet, handelt er sich Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit und argumentative Schwierigkeiten ein. Warum will er hier unterbinden, was er dort befürwortet?

### Welche Alternativen stünden offen?

Welche Alternativen ständen einem politischen Pazifismus also offen? Erstens kann er vehement eine Verhandlungslösung fordern. Zugegeben, das tut er auch. Doch setzt er sich auch dafür ein? Verglichen mit dem, was die Friedensbewegung zu Bushs Zeiten gegen den Kuweitzkrieg oder in den 1980er-Jahren gegen die Nachrüstung auf die Beine gestellt hat, unternimmt die Friedensbewegung heute viel zu wenig. Es gibt keinen Grund, den Weg des Protests nicht auch heute zu gehen oder es wenigstens zu versuchen. Gerade eine Völkerrechtsverletzung und Grausamkeit, wie sie Russland begeht, hätte einen Aufschrei zur Folge haben sollen.

Die heutige Verunsicherung in der Friedensbewegung und die rasch spürbare Neigung, sich zu Waffenlieferungen zu bekennen, hängt auch damit zusammen, dass die Friedensbewegung es weitgehend unterlassen hat, rasch, laut und vernehmlich gegen das Unrecht zu protestieren, das in der Ukraine geschehen ist und geschieht. Woher soll der Druck zu Verhandlungslösungen kommen, wenn nicht einmal die Friedensbewegung ihn auszuüben versucht?

### Konzepte der Sozialen Verteidigung sollten entstaubt werden

Zweitens kann sich der politische Pazifismus vornehmen, diejenigen Kräfte in der Ukraine und in Russland zu unterstützen, die auch unter den gegebenen Verhältnissen einen gewaltlosen Ausweg suchen. Es gibt da wie dort zivilgesellschaftliche Bestrebungen, die Unterstützung brauchen. Nicht zuletzt sind es auch Männer und Frauen, die sich nicht zum Militärdienst zwingen lassen wollen oder die nach Möglichkeiten zur Desertion suchen. Die Friedensbewegung kann sich dafür einsetzen, dass Deserteure Asyl bekommen. Sie kann

**Volunteering for Peace** 

Freiwilligeneinsätze Weltweit mit SCI

**scich.org**

- Einsätze für **alle** ab 16/18 Jahren
- Ökologische, soziale und kulturelle Projekte
- In 90 Ländern und der Schweiz

 Infos und Anmeldung:  
info@scich.org / 031 381 46 20  **SCI Schweiz**

sich daran beteiligen, Fluchtwege zu erschliessen, wie das in der DDR für «Republikflüchtlinge» geschah.

Drittens kann der politische Pazifismus daran erinnern, dass es seit mehreren Jahrzehnten mit der «Sozialen Verteidigung» Überlegungen zu einer gewaltfreien Alternative zum militärischen Abwehrkampf gibt, mit der da und dort auch schon praktische Erfahrungen gesammelt wurden. Dass man mich richtig versteht: Von diesen Konzepten ist kein Ausweg aus der gegenwärtigen Situation in der Ukraine zu erwarten. Für zukünftige Konflikte aber müssen sie entstaubt und überarbeitet werden. Es war vermutlich ein grosser Fehler, die Auseinandersetzung um die GSoA-Initiative ohne Rückgriff auf das Konzept der «Sozialen Verteidigung» zu führen.

Ich schliesse mich von dieser Kritik nicht aus. Auch für mich war ein Konflikt wie der Angriff Russlands auf die Ukraine mit der Entspannungspolitik Willy Brandts, mit der Gründung der OSZE, mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges aus Abschied und Traktanden gefallen. Damit hatte die «Soziale Verteidigung» auch für mich an Bedeutung verloren.

Doch wie die gegenwärtige Situation zeigt, war dieser Schluss voreilig. Besser machte es in dieser Hinsicht der deutsche «Bund für Soziale Verteidigung». Er hat das Konzept nicht nur von der Annahme befreit, es werde dereinst von Staaten umgesetzt, er hat es mit der Gründung von lokalen Gruppen für Soziale Verteidigung auch in die zivilgesellschaftliche Verantwortung geholt. Auch darin hätte der politische Pazifismus eine Aufgabe. *Ruedi Eppe*

Untertitel von der Redaktion. Der Basler Historiker **Ruedi Eppe** gehörte seinerzeit zu den MitautorInnen des Buches **Soziale Verteidigung: Eine gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung der Schweiz**, das im Verlag des Schweizerischen Friedensrates 1976 erschienen ist (vergriffen).

In der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 41 vom Juni 2022 haben wir einen Beitrag von Ulrich Stadtmann («Nicht anerkennen, nicht kooperieren») zur Sozialen Verteidigung in militärisch eroberten Städten gebracht.

# Verletzte Seelen – verwundete Nationen

Mitte Januar erschien im Zürcher Unionsverlag der Band *Gaza. Überlebensberichte aus einem zerstörten Land*. Die syrische Herausgeberin und Autorin Samar Yazbek lässt 27 Frauen und Männer zwischen 13 und 65 erzählen, was sie als PalästinenserInnen im Gaza-Streifen nach dem 7. Oktober 2023 erlebt haben. Die Frage stellte sie ihnen in einem Rehabilitationszentrum in Katar. Ihre InterviewpartnerInnen waren schwer verwundet worden. Dank medizinischer Versorgung unter äusserst prekären Bedingungen haben sie überlebt und konnten erzählen. Zu lesen sind erschütternde Berichte über Albträume, Gräueltaten, Verletzungen, Schmerzen und Tod, über Verluste im engsten Familienkreis, Auslöschung ganzer Grossfamilien, Zerstörung der letzten Lebensgrundlagen. Es sind Schreie nach einer Öffentlichkeit von Hoffnungslosen, die gehört werden wollen.

Samar Yazbek ist 1970 in Syrien geboren und hat arabische Literatur studiert. Seit Jahren engagiert sie sich als Journalistin, Autorin und Fernsehreporterin für Bürgerrechte. 2011 floh sie mit ihrer Tochter aus Syrien und lebt seither in Paris. 2024 verbrachte sie mehr als vier Monate im erwähnten Rehabilita-

tionszentrum in Katar und führte Gespräche mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. In den von ihr nun in Buchform herausgegebenen Berichten legt sie grössten Wert auf die subjektiven Erfahrungen der interviewten Personen. Demzufolge fällt unangenehm auf, dass die Hamas in den 27 Berichten nicht einmal genannt wird.

Diese einseitige Geschichtsschreibung durchdringt auch das sehr persönlich gehaltene Vorwort, in dem die Herausgeberin ihr Vorgehen erläutert – und unzählige Male den Begriff «Genozid» verwendet, ohne jedoch nur den kleinsten Hinweis darauf zu geben, was sie damit verbindet und auf welche Diskussionen sie sich bezieht. Ihr Verfahren umschreibt sie wie folgt: «Angesichts des in Gaza tobenden Krieges wollte ich die Zeugenaussagen über den 7. Oktober sammeln. Ich wollte nach dem Zeitpunkt fragen, an dem das Verhängnis seinen Ausgang nahm, als die Welt aus den Fugen geriet und sich ihr Antlitz veränderte. Diese Frage stellt sich den Überlebenden eines vorsätzlichen und systematischen Völkermords. (...) Das Erzählen dieser Tragödie verlangt (...) nach einem unmittelbaren Schreiben, das versucht, die Bruchstücke der zersprengten Wahrheit zusammenzusuchen. Das Persönliche, das Subjektive verwandelt Berichte über Unvollkommenheit in Narration.»

## Anders denken, anders fühlen

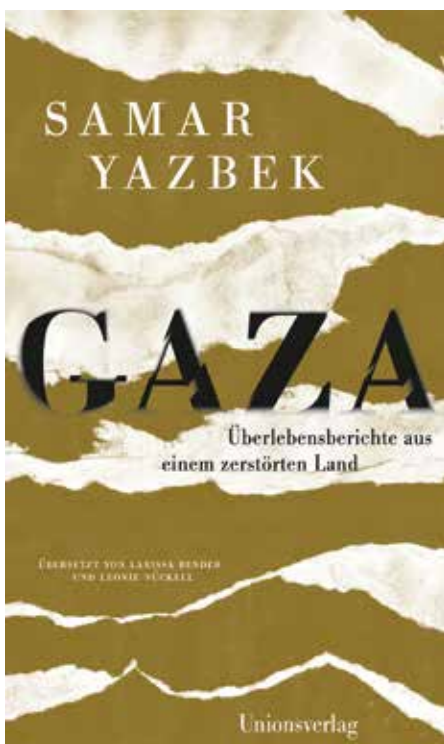
Wie wohltuend ist im Gegensatz zu diesen Vorwort-Ausführungen von Samar Yazbek (und es sei wiederholt, dass nicht die Überlebensberichte gemeint sind, sondern das Vorwort der Herausgeberin) das neue Buch des Historikers und Psychologen José Brunner mit dem Titel *Brutale Nachbarn*. Brunner wurde 1954 in Zürich geboren und wuchs bis in die frühen 1970er-Jahre in einer orthodoxen jüdischen Familie auf, bevor er nach Israel flog, «eine Woche vor dem Krieg, der am 6. Oktober 1973 ausbrach (...), um an einer Jeschiwa, einer Talmudhochschule, zu studieren und mit mir bezüglich meines Glaubens, den ich offenbar verloren hatte, ins Reine zu kommen. Mit Erfolg – ein Jahr später, im Herbst 1974, schrieb ich mich als säkularer Student an der



Hebräischen Universität im Fachbereich Politikwissenschaften ein. Schon damals interessierte ich mich für die Schnittstelle von Politik und Psychologie, Emotionen und Gesellschaft.»

Dem Zusammenhang von Politik und Trauma (= Wunde) geht er in seinem neuesten Buch in differenzierter Form nach. Dabei beginnt er nicht etwa mit dem 7. Oktober 2023, sondern kehrt an die Anfänge des Nahostkonflikts zurück, in die Zeit vor der Gründung Israels, als das heute als Gaza-Streifen bezeichnete Gebiet zum Verwaltungsdistrikt Gaza des britischen Palästina-Mandats gehörte und etwa viermal so gross war wie der heutige Gaza-Streifen. Ausführlich diskutiert er, was es bedeutet, staatenlos zu sein, und greift hierfür auf Hannah Arendt zurück, die 1937 ihre deutsche Staatsbürgerschaft verlor und bis 1950 staatenlos blieb.

Sie beschrieb, dass sie mit ihrer Staatsbürgerschaft «das fundamentalste aller Rechte (verlor): das Recht, überhaupt Rechte zu haben». Denn Menschenrechte, die eigentlich allen Menschen zustehen sollten, so Arendt, seien in ihrer Praxis davon abhängig, dass man einem Staat angehöre, der sie anerkenne. Die schmerzhafteste Erfahrung



dieser Wahrheit, so folgert José Brunner, erlebten die PalästinenserInnen bereits fast acht Jahrzehnte lang. Dieses Gefühl der «Überflüssigkeit» führe dazu, ohne Zukunftsaussichten zu leben und kein Recht auf ihr eigenes Leben zu haben.

In seinem vier Teile umfassenden Werk untersucht der Autor im ersten Teil («Im Namen des Lebens – im Bann des Todes») die «Emotionen und die (oft unbewussten) Fantasien, die psychologische Verfassung und die Geisteshaltung, die die Brutalität beider Seiten fördern und rechtfertigen», und legt gleichzeitig eine kurze Geschichte des Nahostkonflikts vor. Dabei blickt er immer auf beide Seiten und verdeutlicht so die Gewaltspirale, die sich fortsetzt. Im zweiten Teil («Verletzte Seelen – wunde Nationen») stellt José Brunner «die psychischen Folgen der anhaltenden, überall präsenten Gewalt, die den Nahostkonflikt kennzeichnet», in den Fokus seiner Ausführungen. Er betont die vielschichtige Belastung von Israelis und PalästinenserInnen und dass sie sich bis zu ihrem jeweiligen historischen Ursprung zurückverfolgen lassen, «zum Holocaust einerseits und zur Nakba (Katastrophe) andererseits, der gewaltsamen Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft im Verlauf der 1948 erfolgten Gründung Israels».

Danach folgt im dritten Teil («Angst, Schuld und Scham») die Auseinandersetzung mit der Frage, was es bedeutet, brutale NachbarInnen zu haben und ihnen gegenüber brutal zu sein. Demütigung, Widerstand und Rache sind Begriffe, die genauer untersucht werden – immer auf der Folie des Nahostkon-

flikts, also der politischen Konsequenzen, die auf allen Seiten als Reaktion folgen. Mit «Gegenseitige Akzeptanz» ist der vierte Teil umschrieben, in dem der Autor nach Versuchen sucht, «die unternommen wurden, um den emotionalen Wandel anzustossen, der meines Erachtens zur Entschärfung des Nahostkonfliktes notwendig ist».

José Brunner verweigert sich den simplen Erklärungen für historische Prozesse und Ereignisse, was sich ausgesprochen anregend liest. Dieser Band ist eine Herausforderung: Er fordert, sich mit komplexen historischen Entwicklungen auseinanderzusetzen, wenig Vertrautes überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, sich Neuem gegenüber zu öffnen. Wer diesen Aufwand nicht scheut, erlebt die Kraft des Denkens. Und wie wohltuend es sein kann, gerade in Zeiten, in denen uns die politischen Entwicklungen zu überrollen drohen, sich herauszunehmen aus dem Pro und Kontra, Ja und Nein oder «Schwarz und Weiss», wie es José Brunner bezeichnet.

Den vierten Teil beginnt er mit einem Satz der deutsch-israelischen Schriftstellerin Joana Osman, die schreibt, sie habe gelernt, «dass es im Grunde nur zwei Arten von Menschen gibt: diejenigen, die Frieden wollen, und diejenigen, die siegen wollen». Ganz am Ende kommt er darauf zurück: «Wenn ein israelischer Erfolg durch Zerstörung des palästinensischen Raums und ein palästinensischer Sieg durch israelisches Leiden definiert wird, ganz gleich, wie viel man selbst leidet, erhält der eingangs zitierte Satz von Joana Osman über die Menschen, die siegen wollen, im Unterschied zu denen, die Frieden wollen, eine noch düsterere Note. Denn dann kann man sich leicht zu Tode siegen, und dann ist jegliche Hoffnung, dass man in absehbarer Zukunft auf einen Frieden hinarbeiten kann, weit von der nahöstlichen Realität entfernt – dann bleibt nur die Nekropolitik.» Demzufolge, so die ermutigende Schlussfolgerung dieses klugen besonnenen Historikers, gelte es, neue Räume zu schaffen, in denen man nicht nur anders denken, sondern auch anders fühlen könne. Nachdenken darüber lohnt sich.

## Ungebetene Gäste

Einem nochmals anderen Ansatz folgt Ayelet Gundar-Goshen in ihrem neuesten Roman *Ungebetene Gäste*. Die erfolgreiche, 1982 geborene und in Tel Aviv lebende Autorin, die Psychologie und später Film und Drehbuch stu-



Der Sammelband lässt graswurzelrevolutionäre Stimmen zum Gaza-Krieg zu Wort kommen, die sich für Aussöhnung und eine solidarische Gesellschaft jenseits von Nationalismus, Herrschaft und Gewalt einsetzen. Die AktivistInnen u.a. von New Profile, Combatants for Peace und Palestinians and Jews for Peace weigern sich, Feinde zu sein. Sie solidarisieren sich mit den Geiseln, den Angehörigen der Opfer von Gewalt in Israel und Palästina, den Geflüchteten und Menschen, die sich dem Mord auf Kommando verweigern. Sie stellen sich sowohl gegen den Terror der islamistischen Hamas als auch gegen den der extrem rechten Netanyahu-Regierung. Das Buch dokumentiert Beiträge, die vom 7. Oktober 2023 bis zum Waffenstillstand am 19. Januar 2025 in der deutschen Monatszeitschrift *Graswurzelrevolution* (GWR) erschienen sind. Ergänzt werden diese von einem Geleitwort von Moshe Zuckermann und einem Beitrag aus der GWR 500 vom Sommer 2025 als Nachtrag.

Bernd Drücke (Hrsg.): **Die Kriegslogik durchbrechen!** Graswurzelrevolutionäre Stimmen zum Gaza-Krieg. 128 Seiten, 24 farbige Abb., 16,90 Euro, ISBN 978-3-939045-59-5.

diert hat, erzählt spannend die Geschichte einer jungen Frau namens Naomi und deren Familie. Der Roman beginnt damit, dass Naomi und ihr einjähriger Sohn Uri alleine zu Hause sind, als ein arabischer Arbeiter in der Wohnung etwas reparieren muss. Die Israelin fühlt sofort ein Unbehagen, sie ist versucht, ihren Mann zu Hilfe zu rufen,

Fortsetzung Seite 30



ohne dass da ein konkreter Grund wäre. Gleichzeitig setzt sie sich mit diesen Gefühlen auseinander. Der Palästinenser findet sofort Zugang zum Kleinen, der in seiner Gegenwart fröhlich und ruhig ist, was ansonsten nur sehr selten der Fall ist. Naomi verschwindet für einen kurzen Moment in der Küche, der Arbeiter nutzt die Toilette. Uri packt die Chance, um den herumliegenden Hammer des Arbeiters zu ergreifen, sich am Balkongeländer hochzuziehen und das Werkzeug auf die Strasse zu werfen. Unten geht in diesem Moment ein palästinensischer Jugendlicher durch und wird tödlich getroffen. Schuld kann nur der Palästinenser sein.

Obwohl Naomi weiss, dass den Arbeiter keine Schuld trifft, er auf der Toilette war, als der Hammer runtergefallen ist, sagt sie nichts. Und weiss genau, welche Folgen dies für den Mann haben wird. Nach diesem Vorfall nimmt eine Geschichte ihren Lauf, der – einmal losgetreten – nicht mehr zu ändern ist. Zwar erzählt Naomi ihrem Mann Juval später, wie es wirklich war, doch zurückspulen lässt sich nichts. Auch nicht, dass das Gleichgewicht in dieser kleinen

Familie immer labiler wird. Eltern und Sohn flüchten nach Lagos, doch auch dort nehmen die Beunruhigungen zu, das Vertrauen zwischen Naomi und Juval bröckelt weiter, die Erinnerungen an das Geschehen zu Hause schärfer. Der Gang der Dinge wurde losgetreten. Er lässt sich nicht stoppen.

Ayelet Gundar-Goshen ist eine versierte Autorin. Sie weiss, wie sie Spannung aufbaut, sie schafft es mühelos, verschiedene Erzählstränge (jüdische Familie, palästinensische Grossfamilie, israelische Community in Lagos) parallel laufen zu lassen. Atemlos folgen wir den Geschichten, in die sich die Figuren zunehmend verwickeln, und sind froh, dass am Schluss nichts aufgeht. Und dass Uri sich freut am Riesenschiff, das unweit der Küste ankert.

Samar Yazbek: **Gaza**. Überlebensberichte aus einem zerstörten Land. Aus dem Arabischen von Larissa Bender und Leonie Nückell. Unionsverlag 2026, 272 Seiten, Fr. 32.–.

José Brunner: **Brutale Nachbarn**. Wie Emotionen den Nahostkonflikt antreiben – und entschärfen können. Propyläen 2025, 368 Seiten, Fr. 35.90.

Ayelet Gundar-Goshen: **Ungebetene Gäste**. Roman. Aus dem Hebräischen von Ruth Achlama. Kein & Aber 2025, 320 Seiten, Fr. 31.–.



Insgesamt 122 Millionen Menschen waren nach Angaben des UNO-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) Ende April 2025 auf der Flucht vor Hunger, Verfolgung und Krieg. Anders als es die Debatte über die Migrationswende suggeriert, nehmen allerdings nicht die reichen Länder des Westens den Grossteil der Geflüchteten auf. Bei über 70 Millionen der gewaltsam Vertriebenen handelt es sich um Binnenvertriebene – also Menschen, die in andere Regionen innerhalb des eigenen Landes flüchten. Und diejenigen, die ins Ausland fliehen, bleiben meist in den Nachbarländern, in Schwellenländern wie Iran, Türkei oder Kolumbien.

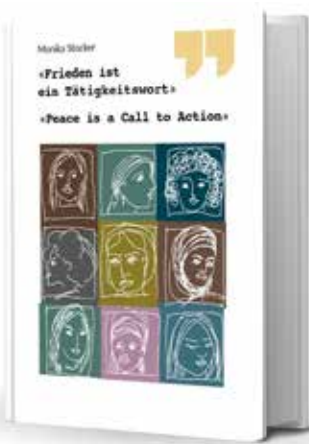
Die Publikation *Die Unerwünschten* von *Le Monde diplomatique* setzt der polemisch geführten Migrationsdebatte eine Sammlung aus faktenreichen Analysen entgegen, ergänzt durch Reportagen über die sonst oft unsichtbaren Schicksale von Geflüchteten. Wie immer enthält das Heft zahlreiche Karten und Infografiken zum besseren Verständnis eines der grossen globalen Themen unserer Zeit. Die einzelnen Kapitel tragen Titel wie «Die Unerwünschten», «Auf der Suche nach einem besseren Morgen», «Im Transit» oder «Ankommen und Bleiben». In «Festung Europa» wird der Untergang des Fischkutters Adriana rekonstruiert. In «Vergrenzung Europas» geht es darum, wie sich in immer mehr EU-Staaten die Krisennarrative der extremen Rechten durchsetzen. Ein Vorwort von Lea Ypi ergänzt das lezenswerte Heft.

Le Monde diplomatique: **Die Unerwünschten**. Flucht, Vertreibung und Exil. Edition No. 38, 112 Seiten, broschiert, Oktober 2025, 11 Euro. Erhältlich im Buchhandel und im LMD-Shop: <https://monde-diplomatique.de/edition-lmd>.

Neues Buch von Monika Stocker, zum 110. Geburtstag der **Women's International League for Peace and Freedom WILPF**; 152 Seiten, farbig bebildert, deutsch/englisch, CHF 25.–.

### «Frieden ist ein Tätigkeitswort – Peace is a Call to Action»

Aus der langen Reihe von aktiven Frauen\* schreibt Monika Stocker an 11 stellvertretend, nähert sich ihrem Wirken, Werk und Leben und übersetzt ihre Bedeutung in die heutige Zeit. WILPF Schweiz freut sich, dass dieses Buch eine wunderbare Auswahl von mutigen Frauen portraitiert – auch bedeutende WILPF-Persönlichkeiten wie Clara Ragaz, Jane Addams, etc. Sie repräsentieren die andere Geschichte der Menschheit, die nie vergessen werden soll: Die Geschichte der Frauen\*, für die Frieden ein klares Tätigkeitswort ist – ein Aufruf zur Tat, damals wie heute. Der Erlös aus dem Verkauf des Buches kommt vollumfänglich WILPF-Projekten zugute.



#### Bestellung:

- **Versand per Post mit Einzahlungsschein:**  
Bestellung via E-Mail: [info@wilpfschweiz.ch](mailto:info@wilpfschweiz.ch)  
oder SMS auf 079 339 97 86 (Porto: CHF 2.–)
- **Bücher direkt abholen** bei (kein Porto):  
Helena Nyberg, Forchstrasse 152, 8032 Zürich;  
bei Tramhaltestelle Nr. 4 «Hedwigsteig».  
**Bezahlung** bar (CHF 25 in Briefkasten legen)  
oder per TWINT (Twint-Karte im Milchkasten).  
Die Bücher werden nach Bestellung via E-Mail  
oder SMS in den Milchkasten gelegt.  
Bitte Namen und Adresse sowie gewünschtes  
Datum/Uhrzeit der Abholung angeben.  
Die Bestellung wird vor der Abholung per E-Mail  
oder SMS bestätigt.

Fotos: Monika Stocker lädt am 10.12.2025 zur Vernissage ein – mit Franziska Schutzbach (Autorin und feministische Soziologin), als eine der portraitierten Frauen im Buch und mit Eva Sofia Griffen, musikalische Begleitung. Fotos: HN



# Über dem Abgrund hängen

Im Donbas hat Russland 2014 einen hybriden Krieg ausgelöst. Seit dem Frühjahr 2014 agierten dort von Russland gesteuerte und bewaffnete Gruppen von Separatisten, russländische Söldner sowie reguläre militärische Einheiten. Gleichzeitig wurden Desinformationen und Lügen, es handele sich um «den ukrainischen Bürgerkrieg», aktiv in die Welt gestreut, und ein Teil der europäischen politischen Eliten wurde mit korrupten Methoden unterwandert.

## Buch des Jahres 2019

In der ukrainischen Dokumentarprosa und in der Belletristik der letzten Jahre sind über die Ereignisse im Donbas seit 2014 mehrere Bücher erschienen. Die bekannteste unter ihnen dürfte *Internat* von Serhij Zhadan sein. Wer sich dafür interessiert, wie genau der Krieg in Donezk 2014 begann, hat nun die Möglichkeit, einer der wichtigsten ukrainischen Prosatexte zu diesem Thema zu lesen. Im deutschen Verlag Friedrich Mauke in Weimar ist 2025 in deutscher Übersetzung von Lukas Joura, Annegret Becker und Alexander Kratochwil der Roman *Donezk Girl* von Tamara Duda erschienen. 2019 wurde die Autorin für ihren Roman mit der Auszeichnung Buch des Jahres des ukrainischen Nachrichtendienstes BBC geehrt.

Tamara Duda ist eine ukrainische Übersetzerin, Freiwillige und Schriftstellerin aus Kyjiw. *Donezk Girl* ist ihr erster Roman, von einem ukrainischen Kritiker wurde er als «ein wirklich fulminantes Debüt» bezeichnet. Für ihren Roman hat die Schriftstellerin intensiv recherchiert: Sie interviewte zahlreiche direkt Beteiligte und klärte alle Details und Einzelheiten.

## Eigene Erfahrungen miteinbezogen

Im Roman schildert sie auch eigene Erfahrungen. Im Sommer 2014 engagierte sie sich aus Angst um ihre Familie und um die Zukunft der Ukraine im freiwilligen Hilfsdienst für die ukrainische Armee im Donbas. Sie unterstützte verwundete Soldaten in Militärkrankenhäusern und kaufte zunächst mit eigenen Ersparnissen hochwertige Schutzbrillen, von denen mehrere Tausend beschafft

wurden. Später organisierte sie Spendenaktionen, an denen sich Menschen aus der ganzen Ukraine beteiligten.

Ab September 2014 reiste sie regelmäßig in den Osten des Landes, um Hilfsgüter persönlich zu überbringen. Über anderthalb Jahre hinweg bestimmten Frontfahrten und Vorbereitungsphasen in Kyjiw ihren Alltag. Bei dieser Arbeit lernte sie eine Freiwillige kennen, die viele Ähnlichkeiten mit der Hauptfigur ihres Romans hat. Diese junge Frau war eine der aktivsten Koordinatorinnen der freiwilligen Hilfe im Osten der Ukraine. Auch die Erfahrungen von aus Donezk Geflüchteten sowie von Militärangehörigen liess die Autorin in ihren Text einfließen.

Die Hauptfigur des Romans lebt in Donezk. Die junge Frau heisst Elfe, am Anfang lebt sie ihr privates und berufliches Leben und interessiert sich kaum für Politik. Sie führt ein kleines Privatunternehmen und gestaltet künstlerische Glasfenster. Im Sommer 2014 bemerkt sie jedoch, wie sich die Menschen und die Atmosphäre in Donezk allmählich verändern. In der Stadt tauchen fremde, gewalttätige Männer auf, die Russisch mit russländischem Akzent sprechen und proukrainische Zivilisten brutal jagen.



Die Stadt versinkt im Chaos: Supermärkte werden geplündert, BewohnerInnen lassen alles zurück und fliehen, andere versuchen, sich anzupassen. «Ich wollte jene sehen, die mit abgeschnittenen Schulterklappen unsere Strassen in Beschlag nahmen, die kamen und sich in Sanatorien und Erholungszentren bei Donezk niederliessen, die gerade jetzt mit ihrem russischen Wologda-Dialekt die sogenannte Volkswehr ausbildeten und mit ihr den Kampf in meiner Stadt übten.»

## Rasant, dynamisch und ereignisreich

Nachbarschaften, Freundschaften und familiäre Bindungen werden in Donezk auf eine harte Probe gestellt, die sie oft nicht bestehen. Für Elfe kommen Landesverrat oder Opportunismus nicht infrage, sie und ihre Kollegen bilden daher eine Gruppe zwischen Freiwilligeninitiative und Widerstandsteam. Von da an setzt ununterbrochene Action ein: Fahrten über die Frontlinie mit Nachschub für die Soldaten der ukrainischen Armee, Sammelaktionen im ganzen Land, gefährliche Aufgaben und Abenteuer. Auch das Mystische fehlt nicht: glückhafte Fügungen der Umstände, Wunderrettungen und intensive Gefühle der tiefen Verwurzelung.

Der Roman ist dynamisch, ereignisreich und zudem mit Ironie und Humor geschrieben, er weist Merkmale eines Kriminalromans, eines Thrillers und eines Reportageromans auf. Es ist ein Buch über Frauenpower, aber auch darüber, wie die Sorge um andere einem Menschen Mut gibt, wie die Liebe zum eigenen Land Kräfte spendet und den Willen zum Leben und zum Widerstand stärkt. Es ist ein Buch über eine Wahl, die jeder Mensch kennt: die zwischen Gut und Böse.

«Wie oft hast du dir geschworen, dich nicht einzumischen, nicht hinzusehen, deine Nase nicht in die Angelegenheiten anderer zu stecken? Und doch findet irgendwo auf der Welt der Kampf zwischen Gut und Böse statt, und dieser Kampf reisst die Erde auf, und der Riss verläuft immer unter deinen Füßen. Immer! Egal, wie sehr du dich anstrengst, der Boden reisst wieder unter dir auf, und du hängst im Spagat über dem Abgrund. Dann drehen sich alle um und warten darauf, dass du dich entscheidest, auf welche Seite du springst.»

*Halyna Petrosaniak*

Tamara Duda: *Donezk Girl*. Aus dem Ukrainischen von Annegret Becker, Alexander Kratochvil und Lukas Joura, Mauke Verlag 2025, 368 Seiten, Fr. 33.50.

WWW.BODENSEE-FRIEDENSWEG.ORG

Internationaler  
Bodensee-  
Friedensweg

FRIEDENSRAUM BODENSEE  
WIR ENT-RÜSTEN UNS!  
FRIEDENSKULTUR GEMEINSAM LEBEN

Sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine!  
SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

OSTERMONTAG, 06.04.26  
FRIEDENSWEG VON KONSTANZ (D) NACH KREUZLINGEN (CH)  
TREFFPUNKT: 13 UHR KONZERTMUSCHEL IM STADTGARTEN KONSTANZ  
Vorprogramm ab 12:30 Uhr: Gemeinsames Singen mit Karin Jana Beck und Matthias Gerber von StimmVolk.ch  
Impulsvorträge von Jürgen Grässlin (Autor, Rüstungsgegner, Friedensaktivist, Optimist) und Helena Nyberg (UNO-Menschenrechtsbeobachterin für Incomindios, Koordinatorin Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, WILPF)  
Spendenkonto: Förderverein Bodensee-Friedensweg, CH-9400 Rorschach. Für die Schweiz: CH56 0900 0000 6025 8021 0  
Für Österreich und Deutschland: CH62 0900 0000 9168 2217 5, V.i.S.d.P.: Daniel Pfister, Lindau, pfister.trogen@bluewin.ch

OSTERMARSCH  
MARCHE DE PÂQUES

WIR SIND VIELE – WIDERSTAND  
GEGEN KRIEG, GEWALT UND  
UNTERDRÜCKUNG STÄRKEN!  
BERN, MONTAG  
6. APRIL 2026

NOUS SOMMES NOMBREUX –  
RENFORÇONS LA RÉSISTANCE CONTRE LA  
GUERRE, LA VIOLENCE ET L'OPPRESSION !  
BERNE, LUNDI  
6 AVRIL 2026

12.15  
BESAMMLUNG & BEGRÜSSUNG  
RASSEMBLEMENT ET BIENVENUE  
EICHWOLZ AN DER AARE  
Team 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern  
Depuis la gare, tram 9 jusqu'au terminus Wabern  
Radar/Discours: Virginia Köpfli, Präsidentin/  
présidente Friede

14.30  
SCHLUSSKUNDGEBUNG |  
MANIFESTATION DE CLÔTURE  
MÜNSTERPLATZ | PLACE DE LA COLLÉGIALE  
Friedenspolitische Redebeträge  
Discours sur la politique de paix  
Unter anderen mit/entre autres avec  
Sheldon Massera Co-Präsident Junge Grüne / coprésident des Jeunes Verts e.v.g. | Mandy Abou Shouk,  
Kantonsträtin ZH und Aktivistin Brava / conseillère cantonale ZH et activiste à Brava  
NBY von Spielplatz für Kinder (NBYNBAU) avec des jeux pour les enfants

12.30  
START | DÉBUT  
Nehmt eure Friedensfahnen mit!  
Emportez vos drapeaux de la paix avec vous !

MUSIK | MUSIQUE  
Olga Tuek, Stämme, Worte und Akkordeon/  
voix, paroles et accordéon

ostermarschbern.ch  
marchedepaques.ch

# FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

FRIEDENSZEITUNG  
Nr. 54, SEPTEMBER 2025

1. Referendum gegen Frontalangriff auf den Zivildienst  
2. Umstellung auf 80 Jahre UNO – Zeit zu handeln  
3. Die Bilanz des ukrainischen Schreckens  
4. Friedensgespräche: Der vergangene Krieg im Sichten  
16. Die Gesamtverdrängung im Kalten Krieg  
17. Ukrainischer und russischer Nationalismus  
18. Wie schaut es aus der Ukraine aus?  
19. Café de la paix im September und November

Vor dem Referendum gegen die Verschärfung des Zivildienstes  
Frontalangriff auf den Zivildienst  
Ein vorgeplannter Anschlag auf den Zivildienst...

Sechs Massaker, die Zivildienst...

Die einzige friedenspolitische  
Zeitschrift der Schweiz, die  
FRIEDENSZEITUNG:  
Aktuell, hintergründig, informativ,  
über schweizerische und internationale  
Friedensthemen und -arbeit  
viermal jährlich vierfarbig

Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr  
Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis

FRIEDENSZEITUNG  
Nr. 53, DEZEMBER 2024

1. Tausen Pfänder für einen politischen Pazifismus  
2. Zum 80-jährigen Jubiläum des Friedensrats  
3. Interview: Karin Frey über den Zivildienst  
4. Ambraser Verbot: Russland und die UNO  
12. Kolonnen: zwischen Friedenspolitik und Gewalt  
13. Interview: Karin Frey über den Zivildienst  
14. Ambraser Verbot: Russland und die UNO  
15. Spüren, hören, fühlen, verstehen  
16. Wankende: Das Publikum geht weiter

Für einen politischen Pazifismus  
Am 4. Dezember 2024 wird die Schweiz...

Handeln statt Hoffen

Name, Vorname, Adresse

PLZ, Ort

Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail an: [info@friedensrat.ch](mailto:info@friedensrat.ch)